

# W I D E



*Netzwerk Women in Development Europe*

## Kassasturz

### Finanzkrise und Entwicklung aus feministischer Perspektive

***WIDE-Positionspapier  
zur globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Krise***

***Wien, Jänner 2010***

#### **Autorinnen**

Ursula Dullnig, Brita Neuhold, Traude Novy, Kathrin Pelzer, Edith Schnitzer, Barbara Schöllenger, Claudia Thallmayer

#### **Redaktion**

Gerhild Perlaki-Straub, Hannah Golda

#### **Layout**

Hannah Golda

#### **Impressum**

WIDE – *Netzwerk Women in Development Europe*

Währingerstr. 2-4/22

1090 Wien, Österreich


Tel: (+43-1) 317 40 31,

E-Mail: [office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at)

<http://www.wide-netzwerk.at>

ZVR-Zahl: 626905553

*finanziert durch die*

 **Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit**

# Inhalt

1. EINLEITUNG: WARUM ES NÖTIG IST, SO EIN PAPIER AUS FRAUENSICHT ZU SCHREIBEN .....	2
2. SCHLAGLICHTER AUF DIE HINTERGRÜNDE DER AKTUELLEN KRISE .....	4
3. SCHUTZSCHIRME FÜR DIE FINANZWIRTSCHAFT UND AUSWIRKUNGEN AUF FRAUEN .....	7
4. DATEN UND FAKTEN ZUR INTERNATIONALEN FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE .....	10
5. RÜCKBLICK: MEXIKO- UND ASIENKRISE .....	13
6. WER ZAHLT DIE KRISE? .....	16
7. MASSNAHMEN AUF INTERNATIONALER EBENE .....	19
8. EINE BREITERE SICHT AUF DIE ÖKONOMIE IST GEFORDERT .....	21
9. AUSWEGE AUS DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE .....	25
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....	28
LITERATUR .....	29

*„Die Krise ist  
wahrscheinlich ein Zeichen für das Ende  
des globalen Entwicklungsmodells.  
Der Zusammenbruch des finanziellen Systems  
ist der Schmelzpunkt für andere Auswirkungen  
der Krise und macht die Schwächen des  
Wachstumsmodells sichtbar.  
So verbindet sich die finanzielle Krise  
mit den Krisen im Bereich der Umwelt,  
der Ernährung und der nachhaltigen Sicherung  
des Überlebens und auch – besonders wichtig –  
(...) mit der Krise der Versorgung und Pflege (Care).  
Wir dürfen angesichts der spektakulären Natur  
des finanziellen Zusammenbruchs  
diese anderen strukturellen Krisen  
und deren Verwobenheit nicht vergessen.“  
(Amaia Pérez Orozco)<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> UN-INSTRAW 2009

## 1. WARUM ES NÖTIG IST, SO EIN PAPIER AUS FRAUENSICHT ZU SCHREIBEN

Im Laufe des Jahres 2008 wurde immer deutlicher, dass es sich bei der Krise der amerikanischen Immobilienfinanzierung nicht um eine der üblichen konjunkturellen Dellen handelte, sondern dass damit eine riesige Spekulationsblase eines völlig kranken Weltwirtschafts- und Finanzsystems platzte. Kritische Ökonominnen, VertreterInnen von NGOs und viele Frauenorganisationen hatten vor dem Zusammenbruch dieses globalen Kartenhauses schon seit Jahren gewarnt. Wie konnte es zu diesem „Kartenhaus“ kommen? Was sind die strukturellen Schwächen des Systems?

Der internationale Handel mit Waren und Dienstleistungen pro Jahr beläuft sich auf 14.000 Milliarden US-Dollar (2007). Die Devisentransaktionen betragen 3.000 Milliarden US-Dollar pro Tag (2007); das heißt, dass der Devisenumsatz von vier Tagen die Erfordernisse des Welthandels pro Jahr abdeckt. Nur zwei Prozent dieses Devisenhandels sind realwirtschaftlich fundiert, 98 Prozent davon sind Spekulation.<sup>2</sup>

Der Handelsumsatz mit Finanzmarktprodukten (Derivaten) betrug 2008 durchschnittlich pro Quartal 500 Billionen US-Dollar. Die gesamten Finanztransaktionen machten 2007 das 73,5-fache des Welt-Bruttoinlandsprodukts aus.<sup>3</sup> Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass auf den Finanzmärkten völlig abgehoben von realen Lebens- und Wirtschaftszusammenhängen agiert wird. (Siehe die Kapitel Schlaglichter auf die Hintergründe der Finanzkrise, S. 5.)

Im September 2008 hat sich die Krise mit einer solchen Wucht manifestiert, dass nur an Katastrophenhilfe zu denken war. Große Banken und Finanzinstitute waren beinahe über Nacht zahlungsunfähig geworden – das Gespenst von 1929 ging um. In dieser Situation wäre es unverantwortlich gewesen, sich dagegen zu stellen, dass weltweit tausende Milliarden für die Banken bereit gestellt wurden, um den totalen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern. Langsam lichten sich aber die Nebel, die der Schutt dieses Absturzes verursacht hat, und was sich da zeigt, ist für viele Menschen, aber vor allem für Frauen höchst gefährlich. (Siehe

Kapitel Beispiel: Mexiko- und Asienkrise, S. 14.)

Die Banken wurden größtenteils gerettet, und es wird noch eine Menge Geld bereitgehalten, um weiter stützend einzugreifen. Für die Bauwirtschaft und die Großindustrie werden Konjunkturankurbelungspakete geschnürt, Automobilkonzerne werden von anderen mit öffentlich geförderten Krediten aufgekauft, damit diese dann so groß sind und für sie wieder gilt: „too big to fail“. Die Budgetdefizite explodieren. Die „hehren“ Maastricht-Ziele der EU zur Begrenzung der Staatsschulden, mit denen die Einsparungen im Sozialbereich immer begründet wurden, sind nur mehr Makulatur.

Von den zu Beginn der Krise geäußerten großen Versprechen, die Finanzmärkte substanziell zu reformieren, Transparenz und demokratische Kontrollen einzuführen, ist nichts geblieben. Das schmale „window of opportunity“, das die Krise für grundlegende Reformen eröffnet hätte, scheint sich bereits wieder zu schließen. Dass diese Krise jedoch nicht nur eine Krise der Finanzmärkte und der sogenannten Realwirtschaft ist, sondern vor allem auch eine soziale und ökologische Krise, wird von den Regierenden ignoriert. Der Zusammenhang zwischen der weltweit extrem ungleichen Verteilung von Einkommen und Arbeit, zwischen industrieller Entwicklung und Klimawandel, Globalisierung der Märkte und der Finanzkrise wird kaum angesprochen. Noch immer ist das Wachstumsparadigma Grundkonsens in Politik und Wirtschaft – das grenzenlose Wachstum in einem begrenzten System wird nicht in Frage gestellt.

In den Gremien, die sich von Anfang an der Aufarbeitung der Probleme widmen, sitzen die gleichen Personen, die diese Krise verursacht haben. In den Medien schreiben die gleichen Journalisten darüber, dass der Kapitalismus schon okay ist, aber die Politik versagt hat. Gleichzeitig warnen sie vor zu viel staatlichen Eingriffen in das System. Es sind die gleichen – männlichen – Experten, die einerseits diesen Systemzusammenbruch nicht vorausgeahnt hatten, und andererseits wieder sagen, wo die Lösungen zu suchen sind. (Siehe Kapitel Maßnahmen auf internationaler Ebene, S. 19.)

Die Börsenanalysten locken längst wieder auf den Aktienmarkt, denn dort sind für Insider, so wie vor der Krise, tolle Gewinne zu machen. Einige der österreichischen Banken, die ohne große Gegenleistung aus Steuermitteln viel Geld zur Stärkung ihres Eigenkapitals geliehen

<sup>2</sup> Gabriel, 2009

<sup>3</sup> Schulmeister u.a. 2008

bekommen hatten, machen wieder Gewinne und haben ein Jahr nach dem Zusammenbruch ihre Börsenkurse vervielfacht. In der Pressekonferenz für das erste Halbjahr 2009 verkündete der Generaldirektor der Erste Bank, dass 86 Prozent des außerordentlich guten Ergebnisses seiner Bank aus Handelsgeschäften resultieren – also aus jenen Aktivitäten, die sich nur mit dem Kauf und Verkauf von Finanzmarktprodukten (Aktien, Devisen, Derivaten) beschäftigen. Es baut sich also wieder eine Börsenblase auf, bei deren Platzen aber dann möglicherweise kein Staatsgeld mehr zur Rettung vorhanden sein wird.

Durch die Verlagerung der Pensionsvorsorge vom staatlich gestützten Umlageverfahren zu einem Kapitaldeckungsverfahren auf den Finanzmärkten wirkt sich die Krise direkt auf die private Altersvorsorge der Versicherten aus. Laut dem Schutzverband der Pensionskassen-Berechtigten Österreichs sind die (kapitalmarktbasieren) Betriebs- und Privatpensionen um bis zu 45 Prozent „unaufholbar“ eingebrochen; d. h. von 1.000 Euro, die im Jahr 2000 zugesagt wurden, sind im Jahr 2009 nur mehr 550 Euro Pension übrig.<sup>4</sup>

Trotz der weltweiten Empörung über das Agieren der (größtenteils männlichen) Eliten machen diese so weiter wie bisher. Denn die Zeche zahlen ja nicht sie, sondern weltweit die ärmsten Menschen und vor allem die Frauen. Ein Blick auf die Asienkrise 1997/98 zeigt, was passieren wird – die Soziologin Diane Elson<sup>5</sup> nennt es einen „download“ der Risiken in die Küchen. Schon während der unzähligen Krisen der vergangenen Jahrzehnte in Lateinamerika, Asien und Russland wurden Banken und Konzerne gerettet und die Kosten durch Währungsverfall, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Entlassungen und Lohnsenkungen in die Privathaushalte verschoben. (Siehe Kapitel Wer zahlt die Krise?, S. 17.)

Die derzeitige Krise hat nichts an dieser grundlegenden Politik geändert – der Sozialbereich, die Ökologie, die Sorgearbeit werden nicht als wichtiger Teil der Wirtschaftskreisläufe gesehen. Für diese Bereiche gibt es keine Konjunkturprogramme. Die unbezahlte Arbeit vor allem von Frauen ist die ausgeblendete Grundlage der sogenannten Real- und Finanzwirtschaft, die deren verantwortungsloses Agieren immer schon abgefedert

hat. In den ärmeren Ländern sind es auch in hohem Maße die Frauen, die ihre – schlecht bezahlten – Jobs verlieren und durch unbezahlte Mehrarbeit und illegale Arbeitsverhältnisse die Grundversorgung ihrer Familien aufrechterhalten müssen.

Währenddessen machen die gleichen Leute, die durch unverantwortliches Handeln die Krise ausgelöst haben, mit Hedgefonds, in Steueroasen, auf Börsen und in Banken, ausgestattet mit Milliarden Steuergeldern, vielleicht ein wenig leiser als früher, business as usual. Damit ist der Weg in die nächste Katastrophe vorgezeichnet.

Es ist deshalb nicht sinnvoll, Reparaturen innerhalb des neoliberalen Wirtschaftssystems vorzunehmen und damit nur das Ungleichgewicht der Märkte, wie es vor der Krise bestanden hat, wiederherzustellen. Nur durch massiven Druck der Zivilgesellschaft auf politisch Verantwortliche auf nationaler und internationaler Ebene kann dieser Rückfall verhindert werden. Daher ist es ganz besonders wichtig, dass engagierte Gruppen, insbesondere Frauen, sichtbar und hörbar Position beziehen. (Siehe Kapitel Eine breitere Sicht auf die Ökonomie ist gefordert, S. 21.)

---

<sup>4</sup> Braun 2009

<sup>5</sup> zit. n. WOMNET 2009

## 2. SCHLAGLICHTER AUF DIE HINTERGRÜNDE DER FINANZKRISE

Ökonomischer „Megatrend“ für die Herausbildung des Finanzmarktkapitalismus ist die enorme Akkumulation von privatem Finanzvermögen. Dem Ökonomen Jörg Huffschmid zufolge nahm es zwischen 1980 und 2007 von 12 auf 196 Billionen Dollar zu, stieg also auf das Sechzehnfache. Demgegenüber wuchs das Weltsozialprodukt in der gleichen Zeit von 10 auf 55 Billionen Dollar, also auf das Fünfeinhalbfache.<sup>6</sup> Die Hintergründe für die Anhäufung dieses enormen Privatvermögens in den letzten drei Jahrzehnten liegen in der Zunahme der Ungleichheit durch die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben (ersichtlich am Rückgang der Lohnquote in den Industrieländern) sowie in der zunehmenden Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Alterssicherung.<sup>7</sup> In den 1970er Jahren begann eine Revision der politischen Konstellationen und Machtverhältnisse, die sich nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet hatten und die zu einer zunehmenden Stärke und Fähigkeit zur Einflussnahme des Kapitals auf der einen Seite und abnehmender Konfliktbereitschaft sowie Schwächung der ArbeitnehmerInnenschaft andererseits führte.

Demgegenüber war die Nachkriegszeit bis in die 70er Jahre geprägt durch die Regulierung des Welt-Währungssystems und damit einer Stabilisierung der Weltwirtschaft. Zu dieser internationalen Regulierung des Währungssystems war es nach den Erfahrungen mit unregulierten Kapitalmärkten und dem „Schwarzen Freitag“ von 1929 mit der darauffolgenden Weltwirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg gekommen. In Bretton Woods (1944) hatte sich die internationale Gemeinschaft zur Stabilisierung des Finanzsystems auf feste Wechselkurse und den US-Dollar als Leitwährung geeinigt. Die Konferenz von Bretton Woods gestand den Staaten auch Kapitalverkehrskontrollen zu, um einen zu massiven Kapitalzufluss aus dem Ausland oder einen abrupten, zu schnellen Kapitalabfluss abzuwehren und damit den nationalen Ökonomien zu ermöglichen, sich solide auf der Basis langfristiger Kredite zu entwickeln. Aus der Konferenz von Bretton Woods ging der Internationale Währungsfonds (IWF) hervor,

welcher die Stabilität des internationalen Finanzsystems gewährleisten sollte. Das Ergebnis dieser Maßnahmen war Vertrauen der Anleger nach dem Krieg, Wiederaufbau, Wirtschaftsaufschwung und hohe Wachstumsraten.<sup>8</sup>

### Ende der festen Wechselkurse

Das System der stabilen Wechselkurse wurde Anfang der 70er Jahre aufgegeben, nachdem die US-Währung aufgrund der mit dem Vietnam-Krieg verbundenen Rüstungsausgaben eine Inflation erlebte und die USA die Bindung des Dollars an ihre Goldreserven aufgaben. Wie Britta Schmitt (2003) ausführt, war das stabile Wechselkurssystem von Bretton Woods jedoch schon zuvor durch die Etablierung eines parallelen „grauen Kapitalmarkts“ unterlaufen worden, der mit sogenannten „Euromärkten“ der Londoner Bankencity begann. Die „Euromärkte“, die eine Möglichkeit zur Anlage von US-Dollar unter Umgehung der Kapitalverkehrskontrollen boten, waren Vorläufer des Offshore-Bankings auf den Cayman Islands, in der Schweiz und vielen anderen.

In den Offshore-Zentren sammelten sich riesige Mengen an liquidem Kapital an; der parallele graue Geldmarkt führte zum „Standortnachteil“ für die regulären Finanzplätze, sodass in der Folge sowohl die Wechselkurse freigegeben als auch die Kapitalverkehrskontrollen in den Industrieländern weitgehend aufgehoben wurden.

Für Britta Schmitt ist „die *neue* Finanzordnung nach Bretton Woods (...) deshalb heute die *alte* riskante Finanzordnung vom Beginn des 20. Jahrhunderts – nur mit dem Unterschied, dass sich das Volumen des liquiden Kapitals im Vergleich zu damals weltweit vervielfacht hat und der Transfer von riesigen Kapitalmengen von einer Weltregion in die andere heute nur noch eines Mausclicks bedarf“.<sup>9</sup>

### Wachsende Zahl von Finanzmarktakteuren

Heute operiert „eine wachsende Zahl von Finanzmarktakteuren wie Investmentbanken, Brokerhäuser, Hedgefonds, Private Equity Fonds, Immobilienfonds, alle Arten von Investment- und Pensionsfonds etc. (...) in aufsichtsfreien Räumen, ihre so phantasievollen wie eigennützigen Produktinnovationen vervielfältigen das Potential asymmetrischer Marktbeziehungen, führen zu Blasenbildungen

<sup>6</sup> Huffschmid 2009

<sup>7</sup> vgl. auch Küblböck/Staritz 2008, S. 15f

<sup>8</sup> vgl. Schmitt 2003

<sup>9</sup> Schmitt 2003, S. 249

und steuerten die Finanzmärkte immer wieder in eine neue Krise, z. B. Mexiko-Krise 1982, Dotcom Blase 2000. Bereits damals und viele Male danach wurden mit Milliarden Dollar und Euro Garantien bereitgestellt und Eigenkapitalhilfen gegeben. Die Finanzmarktakteure konnten weiterhin ohne Kontrolle agieren, ohne regulatorischen Schutz für PrivatkundInnen. Das führte zu immer gewagteren Produktinnovationen – ‚moral hazard‘.<sup>10</sup>

Das enorme Kapitalvolumen auf den Finanzmärkten, das gewinnbringend angelegt werden will, führte auch zu hohem Druck auf börsennotierte Unternehmen, die immer höhere Rendite ausschütten sollten, um ihre Aktionäre zufriedenzustellen. „Private-Equity-Firmen und Hedgefonds (...) gefährden mit ihrer überaus hohen Fremdfinanzierung, die regulatorisch unbeschränkt ist, nicht nur die Statik des Finanzsystems, sondern setzen auch in den Unternehmen den ‚shareholder value‘ bisweilen brutal durch. Die Sachzwanglogik wird in dieser Situation zur scheinbar unausweichlichen Handlungsanleitung für die Politik.“<sup>11</sup>

## Globalisierung

Die Entwicklungs- und Schwellenländer wurden in immer stärkerem Ausmaß in die internationalen Finanzmärkte integriert. Schon die Schuldenkrise der lateinamerikanischen Länder 1982 stand in Zusammenhang mit der Kapitalexpansion aus den Industrieländern. In Hinblick auf die Finanzkrisen in den 1990er und 2000er Jahren zeigt der Ökonom José Gabriel Palma auf, dass die hauptsächlich betroffenen Länder (Mexiko, Argentinien, Brasilien, Korea, Malaysia und Thailand) erst kurz zuvor ihren Kapitalverkehr liberalisiert hatten, zu einer Zeit, als die Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten sehr hoch und das Wachstum der meisten OECD-Länder rückläufig war. Dies führte dazu, dass es nach der Liberalisierung zu massiven Kapitalzuflüssen kam. Unabhängig davon, auf welche Weise diese Länder versuchten, den Kapitalansturm zu absorbieren, konnte eine Finanzkrise nicht verhindert werden. „Die zur gleichen Zeit in China, Indien und Taiwan gemachten Erfahrungen zeigen, dass eine selektivere Anbindung an internationale Kapitalmärkte eine wesentlich wirkungsvollere Möglichkeit darstellt, sowohl die prozyklische Dynamik unbeschränkter Kapitalströme auszugleichen, als auch die hohen Kosten zu

vermeiden, die der Ansturm und danach der Kapitalabzug zu verursachen vermag“.<sup>12</sup>

### Expansion

*„Die Krise markiert das Ende einer gigantischen Wachstumsphase. Dieser Expansionsboom, der gemeinhin Globalisierung genannt wird, war der Weg aus der Überproduktionskrise der 1970er Jahre. Damals floss wegen der übervollen Warenmärkte immer mehr Kapital auf den Finanzmarkt, Produktion wurde in die Billiglohnländer des Südens verlagert, zur Neuorganisation der internationalen Arbeitsteilung wurden immer mehr Frauen und selektiv auch MigrantInnen als flexible, unterbezahlte Arbeitskräfte am unteren Ende in die Wertschöpfungsketten integriert. Den Zugriff auf die Biodiversität und lokales Wissen konnten Konzerne sich durch Patentierung sichern, durch Privatisierung wurde die öffentliche Daseinsvorsorge den Marktprinzipien unterworfen, öffentliche Güter wurden privat angeeignet. Immer mehr Ressourcen, Menschen und Lebensbereiche wurden in die Warenproduktion und den Renditezwang einbezogen.“*

*(Christa Wichterich)<sup>13</sup>*

Die von den internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere dem IWF) vertretene Ideologie von Deregulierung und Privatisierung spielte eine herausragende Rolle in der Durchsetzung der Kapitalmarktliberalisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern und wurde diesen in Form von Konditionalitäten aufgezwungen. Aber auch mittels internationaler Handelsverträge (WTO-Abkommen, bilaterale EU-Freihandelsabkommen) sichern sich die Industrieländer Investitions- und Anlagemöglichkeiten weit über den Güterhandel hinaus ab.

### Die „Subprime“-Krise

Die jüngste Finanzkrise ging von einer Krise der US-amerikanischen („Subprime“-)Immobilienmärkte 2007 aus und kulminierte im Herbst 2008 in einem Fast-Zusammenbruch des internationalen Banken- und Finanzsystems.

Amerikanische Banken (wie Fanny Mae und Freddy Mac) vergaben Kredite an SchuldnerInnen unterschiedlicher Bonität, bündelten diese Kredite und verkauften die Forderungen weiter. „Die Meinung vieler Ökonomen war, dass durch die Verbriefung von Krediten die Finanzmarktstabilität steigt, weil das Risiko

<sup>10</sup> Gubitzer 2009

<sup>11</sup> Schuberth 2008

<sup>12</sup> Palma 2008

<sup>13</sup> Wichterich 2009c, S. 22

nun breiter gestreut und nicht mehr so stark im Bankensystem konzentriert ist. Das Gegenteil war der Fall. Die Risiken der Kredite sind über Umwege wieder ins Bankensystem gelangt. Die Hypothekenkrise hat sich somit über Ketten von Kredit-Weiterverkäufen ausgebreitet und rasch andere Segmente des Finanzmarktes erfasst. Die Diversifizierung des Risikos hatte zur Folge, dass Risiken anonymisiert wurden, schlechte von guten Risiken nicht mehr ausreichend unterscheidbar waren. In der Folge wurde das Misstrauen so groß, dass der Geldmarkt zeitweise zum Erliegen kam.<sup>14</sup>

Die Ökonomin Brigitte Young weist darauf hin, dass die amerikanische Subprime-Krise in Zusammenhang mit stagnierenden Löhnen und einer „Finanzialisierung des Alltagslebens“ in den USA gesehen werden muss. In dem von ihr so genannten „privatisierten Keynesianismus“ spielt nicht mehr der Staat durch öffentliche Investitionen eine antizyklische, konjunkturbelebende Rolle, sondern es ist die individuelle, kreditbasierte Konsumnachfrage, die als Konjunkturmotor der USA fungiert.<sup>15</sup> Wohnungseigentum ist in den USA sowohl mit einem hohen sozialen Status verbunden und dient zudem der individuellen Absicherung in einem brüchigen Sozialsystem. Über „Subprime“-Kredite mit höheren Risikoaufschlägen und daher höheren Zinsen erhielten ärmere soziale Schichten in den USA in den letzten Jahren Zugang zu Wohnungseigentum, gerieten jedoch zugleich – bei stagnierenden Löhnen – in eine hochriskante Schuldenfalle, die in der Zwischenzeit tausende Menschen ihr Dach über dem Kopf gekostet hat. „Das Krisenpotenzial wurde durch den gleichzeitigen Preisboom bei Immobilien, Aktien und Rohstoffen aufgebaut, dieses entlud sich in der Entwertung dieser Vermögen. Die Hypothekarkreditkrise war der Auslöser, ohne den nachfolgenden Verfall von Aktienkursen und Immobilienpreisen hätte sich keine Weltwirtschaftskrise entwickelt.“<sup>16</sup>

### Fehlende Regulierung

„Was diese Krise einzigartig in ihrer Ausbreitung und Tiefe macht, ist die Tatsache, dass die Deregulierung der Finanzmärkte, undurchsichtige ‚innovative‘ Finanzprodukte und das totale Versagen der Rating-Agenturen zu einem Verschuldungsgrad ungekannten Ausmaßes geführt haben. Blinder Glaube an die ‚Effizienz‘ von deregulierten Finanzmärkten

führten dazu, dass Regierungen das Entstehen eines Schattenfinanzsystems und verschiedene globale „Casinos“ mit wenig oder keiner Aufsicht und inadäquater Kapitalausstattung zuließen.“<sup>17</sup>

### Zum Verhältnis Finanzsektor – Realwirtschaft

*„Die finanziellen Mittel im Finanzsektor sind viermal so groß wie in der Realwirtschaft. Wir haben also viermal mehr Geld als Güter, die wir darum kaufen können. Das Geld ist zudem so konzentriert, dass die, die es haben, es nicht anbringen können. Der US-amerikanische Hedgefonds-Manager John Paulson etwa hat in einem Jahr vier Milliarden Dollar verdient. Die kann er beim besten Willen nicht in der Realwirtschaft ausgeben. (...) Die Schere zwischen armen und reichen Ländern klappt immer weiter auseinander. Die, die kaufen können, haben kein Geld. Und die das Geld haben, können es nicht ausgeben, außer in der Finanzwirtschaft. Drum glaube ich, dass wir gerade eine neue Blase aufbauen.“*

(Brigitte Unger)<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Schuberth 2008

<sup>15</sup> Young 2009, S. 15

<sup>16</sup> Schulmeister 2009b

<sup>17</sup> UNCTAD 2009, S. III (eig. Übersetzung)

<sup>18</sup> zit. n.: Der Standard, 6.10.2009

### 3. SCHUTZSCHIRME FÜR DIE FINANZ- WIRTSCHAFT UND AUSWIRKUNGEN AUF FRAUEN

*„Manche Kommentatoren scheinen uns glauben zu machen, dass es sich bei der Finanzkrise um einen Top-Athleten mit Muskelkater handle, der mit etwas Ruhe und Physiotherapie den Kater schon behebe, anstatt die Krise als Herzattacke eines 60-jährigen Rauchers zu verstehen, für dessen Heilung eine Operation und massive Veränderung im Lebenswandel von Nöten wäre.“* (Robert Wade)<sup>19</sup>

Vor nicht allzu langer Zeit sahen viele PolitikerInnen in Österreich durch die Abschaffung der Studiengebühren das Budget in hohem Maße gefährdet. Dabei handelt es sich um einen Betrag von 150 Millionen Euro jährlich. 2008 wurden, ohne mit der Wimper zu zucken, für die Banken 100 Milliarden Euro als Garantien für Bankenemissionen und für die Spareinlagen sowie für die Stärkung der Eigenmittel reserviert. Für letztere wurden 15 Milliarden Euro bereit gehalten. Später wurde im Rahmen des Unternehmensstärkungsliquiditätsgesetzes ein Betrag von 10 Milliarden Euro aus dem 100 Milliarden schweren Bankenpaket für Haftungen für große Unternehmenskredite umgeschichtet. Wie viel davon beansprucht wurde und wird, ist wegen der mangelnden Informationspolitik der FIMBAG („Banken-ÖIAG“) und auf Grund von Verstaatlichung der Kommunalkredit und der Hypo-Alpe-Adria-Bank nicht abschätzbar. Aus Zeitungsmeldungen lässt sich ableiten, dass von den 15 Milliarden Euro, die für die Eigenmittelunterstützung bereitgestellt wurden, bislang etwa die Hälfte ausgenutzt worden sind.

Der Schuldenstand erhöht sich unmittelbar um diesen Betrag. Weiters ist zu berücksichtigen, dass durch die Verstaatlichung von Kommunalkredit und Hypo-Alpe-Adria-Bank zukünftige Finanzierungsbelastungen entstehen, die aus heutiger Sicht schwer abschätzbar sind. Laut Prognose der Oesterreichischen Nationalbank wird die Schuldenquote von 59,5 Prozent im Jahr 2007 auf 76,9 Prozent im Jahr 2011 anwachsen.<sup>20</sup> Davon geht also ein nicht zu geringer Betrag für die Rettung der Banken auf. Den Rest machen die Konjunkturpakete, die Steuerreform 2008 sowie die sogenannten automatischen

Stabilisatoren aus. Letztere ergeben sich durch geringere Steuereinnahmen und höhere Staatsausgaben infolge des wirtschaftlichen Einbruchs. Es ist nach wie vor fraglich, ob nicht noch für die Kreditausfälle der Banken in den osteuropäischen Ländern Geld zur Verfügung gestellt werden muss.

Argumentiert wird dieses schnelle Handeln der Politik im Interesse der Banken damit, dass man das Wirtschaftssystem vor dem totalen Zusammenbruch retten musste, der unabsehbare Folgen gehabt hätte. Und das stimmt im Prinzip auch. Doch die Frage ist, wie dieser Finanzmarkt arbeitet, wieso er die Macht hatte, weltweit Volkswirtschaften zu ruinieren, und wie man solche Katastrophen in Zukunft verhindert.

Wie Naomi Klein in ihrem Buch „Die Schockstrategie“<sup>21</sup> aufzeigt, wurden alle Finanzkrisen der letzten 30 Jahre dazu genutzt, „unpopuläre“, gegen die Bevölkerungsmehrheit gerichtete Politiken durchzusetzen; die Rezepte dafür lagen schon in der Schublade. Die Krise setzt unter Zugzwang, da ist rasches Handeln gefragt, das so schnell gar nicht hinterfragt werden kann.

#### Das Wirtschafts- und Finanzsystem in der permanenten Krise<sup>22</sup>

1982	Schuldenkrise zahlreicher Entwicklungsländer
1987	Börsenkrise in New York
1992/93	Krise des europäischen Währungssystems
1994/95	Mexikokrise und der „Tequila Effekt“
1997/98	Südostasienkrise
1998	Russlandkrise
1998/99	Brasilienkrise
2000/2001	Türkeikrise
2001/02	Argentinienkrise
2001	„dot.com“-Krise in den USA
2002	wieder Krise in Brasilien
2007/08	Immobilienkrise in den USA
2008/09	Weltwirtschaftskrise

Der Finanzmarkt war nie ein Markt wie jeder andere. Durch Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung, die Kommunikationstechniken und die offensichtliche Handlungsunfähigkeit der politisch Verantwortlichen wurde er zur

<sup>19</sup> zit. n. Schenk 2009

<sup>20</sup> Oesterreichische Nationalbank 2009, S. 2

<sup>21</sup> Klein 2007

<sup>22</sup> angelehnt an: Küblböck/Staritz 2008, S. 9



beherrschenden Macht in Wirtschaft und Politik. Wie ist es möglich, dass die Politik scheinbar jede Kontrolle über die Wirtschaft verloren hat? Wie kann man Finanzkrisen und -katastrophen in Zukunft verhindern, wie den demokratischen Handlungsspielraum zurückgewinnen?

### **Die Wirtschaft als „Organismus“**

Für die Finanzdienstleistungen werden häufig Ausdrücke aus der Biologie verwendet. Je nach Präferenz handelt es sich dabei um das Nervensystem oder den Blutkreislauf einer Volkswirtschaft. Diese Bilder sollen einerseits die Wichtigkeit des Finanzmarktes und andererseits seine Einbettung in den gesamten Wirtschaftskreislauf zeigen. Hierbei wird verschleiert, dass sich Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften und auch industrielle Großkonzerne (z. B. die Spekulationen durch Porsche und VW) längst von ihrem Kerngeschäft verabschiedet haben. Es geht nicht mehr vorrangig darum, die Ersparnisse privater Haushalte in Investitionen zu verwandeln und unternehmerische Risiken auf mehrere Schultern zu verteilen. Es geht auch nicht mehr um die Organisation des Zahlungsverkehrs. Die Finanzdienstleistungen sind vielmehr selbst zu einer Handelsware geworden. Um bei den biologistischen Bildern zu bleiben, das Nervensystem und der Blutkreislauf sind mittlerweile eigenständige Lebewesen, die allerdings nun durch Bluttransfusionen vom Staat am Leben erhalten werden.

### **Deregulierung und Spekulation**

Bei dem Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen, Derivaten, Fonds, Hedgefonds wird von der „Finanzindustrie“ gesprochen, und die komplizierten Geldanlagemöglichkeiten werden als „Produkte“ bezeichnet. Damit wird der Anschein erweckt, als handelte es sich um einen Waren- und Güteraustausch. In Wahrheit wird aber nur die Erwartung von zukünftigen Gewinnen in immer anderer Form und in immer anderer Frist- und Zusammensetzung verkauft und gekauft, der keinerlei echtes Produkt zugrunde liegt. Damit sind enorme Gewinnchancen, aber auch Verlustrisiken verbunden.

Möglich wurde all dies vor allem durch eine Politik der Deregulierung dieser Finanzmärkte, durch die Privatisierung von Betrieben der Grundversorgung und Infrastruktur wie Post, Energiewirtschaft und durch die Privatisierung und Verlagerung der Abfertigungsrücklagen

und (Firmen-)Pensionsvorsorge auf den Finanzmarkt. Dadurch wurde zusätzlich das Volumen des auf den Finanzmarkt strömenden Kapitals enorm ausgeweitet. Durch die Deregulierung der Rohstoffmärkte inkl. Nahrungsmittel wurden auch diese zu Spekulationsgütern mit dem Ergebnis enormer Preisschwankungen, was zu einer globalen Nahrungsmittelkrise führte

### **„Männerbünde“**

Dieses abgeschlossene, völlig intransparente System des Finanzmarktes ist weltweit durch und durch männlich geprägt: mit einer Insidersprache, einem Habitus, an dem man einander erkennt, mit Netzwerken, bei denen man unter sich bleibt. Man stellt sich nicht der Kritik von außen, und kritische Selbstreflexion gehört nicht zum Repertoire. Der 18-Stunden-Arbeitstag lässt keine Zeit für eine Auseinandersetzung mit der Lebensrealität; die Grundversorgung wird unsichtbar von Frauen erledigt. Daran hat auch die Finanzkrise nichts geändert.

In allen internationalen und nationalen Gremien, die zur Regulierung des Finanzmarktes in der Krise eingerichtet wurden, sind Frauen marginal repräsentiert, so auch in Österreich. Die FIMBAG (Finanzmarkt-Beteiligungs AG)<sup>23</sup> hat wesentliche Aufgaben bei der Umsetzung des Bankenpakets. Unter den Vorstandsmitgliedern ist keine einzige Frau. Finanzmarktaufsicht und OeNB, die bei den Bankenpaketen beratende Funktion und wesentliche Kompetenzen bei der Finanzmarktregulierung und -aufsicht haben, werden ausschließlich von Männern geführt. Dasselbe gilt für das Finanzministerium, das u. a. die Verträge mit den Banken abschließt.

Was die FIMBAG betrifft, ist das Gremium mit Männern besetzt, die die Finanzkrise in keiner Weise vorhergesehen haben. Die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Banken – laut Antwort auf eine parlamentarische Anfrage an Finanzminister Josef Pröll – sind nicht öffentlich, obwohl es sich bei dem Bankenrettungspaket immerhin um Geld der BürgerInnen handelt. Bekannt ist mittlerweile nur, dass die großen österreichischen Banken

<sup>23</sup> FIMBAG 2009: Vorstand: Klaus Liebscher (ehem. Gouverneur der Österreichischen Nationalbank), Adolf Wala (ehem. Generaldirektor bzw. Präsident der Österreichischen Nationalbank), Josef Christl (ehem. Berater von Finanzminister K. H. Grasser); Aufsichtsrat: Veit Sorger (Präsident der Industriellenvereinigung), Hannes Androsch (Industrieller), Alexander Russ, Herbert Kaufmann, Hellwig Torgler

keinerlei Sanktionen zu erwarten haben, wenn sie ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staat nicht nachkommen sollten.

### Frauen in der Finanzmarktregulierung<sup>24</sup>

„Wise men“ und ExpertInnen-Komitees	Prozent Frauen	Anzahl d. Mitgl.	Vorsitz
„Larosière-Gruppe“ – Hochrangige Experten-Gruppe zur EU-Finanzüberwachung	0	8	M
G-20 Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Grundlagen der Regulierung und zur Stärkung der Transparenz	7	29	M
G-20 Arbeitsgruppe 2 zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Integrität der Finanzmärkte	4	27	M
G-20 Arbeitsgruppe 3 zur Reformierung des Internationalen Währungsfonds	0	27	M
„Stiglitz-Kommission“ – ExpertInnenkommission des Präsidenten der UN-Generalversammlung zur Reformierung des internationalen Geld- und Finanzmarkt-Systems	9	22	M

In den nächsten Jahren, wenn es ans Zurückzahlen der Staatsschulden geht, werden die Frauen am meisten betroffen sein. Die Bereiche Gesundheit, Bildung, Pflege, also alles, was wir unter Care-Ökonomie verstehen und wo vor allem Frauen tätig sind, werden weltweit massiv unter Druck kommen. Der Abbau der Staatsschulden wird mit einem Rückgang der Sozialleistungen einhergehen, auf die vor allem Frauen angewiesen sind.

### Auswirkungen auf Frauen

Die selektiven Informationen der Medien verschleiern die nachhaltigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die benachteiligten Menschen in Österreich und vor allem in den armen Ländern. Die Entlassung der WanderarbeiterInnen in China und die Rückkehr der arbeitslos gewordenen Arbeits-MigrantInnen in ihre Heimatländer sind sichtbare Zeichen dafür, wie sich derzeit die Armutsspirale massiv nach unten dreht. Konträr zu den Millenniumszielen, ist die Zahl der hungernden und unterernährten Menschen im Jahr 2009 auf eine Milliarde angewachsen. Die vorangegangenen Finanzkrisen in Lateinamerika, Asien, Russland und die Krise der New Economy im Jahr 2000 haben gezeigt, dass die Stabilisierung des Finanzmarktes zwar ziemlich schnell erfolgt, aber die Lebenswelt der ärmeren Menschen und vor allem der Frauen nachhaltig belastet wird.

<sup>24</sup> Schubert 2009

#### 4. DATEN UND FAKTEN ZUR FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE SEIT 2008

Nach übereinstimmenden Angaben internationaler Forschungs- und Informationsquellen sind wir seit 2008 mit der tiefsten Weltrezession seit 1930 konfrontiert. Diese hat massive Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung weltweit, insbesondere aber auf die Lebenssituation von Frauen, Männern und Kindern in Ländern des globalen Südens und gefährdet in diesen Regionen die Verwirklichung der Ziele der Millennium Development Goals.<sup>25</sup>

Durch das Absinken des Welteinkommens im Jahr 2009 um 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr<sup>26</sup> und durch die drastische Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Nord<sup>27</sup> und Süd vergrößert sich die Asymmetrie sowohl zwischen Norden und Süden sowie auch innerhalb einzelner Länder. In allen Regionen, Subregionen und Staaten steigt das politische, wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Männern und Frauen weiter an. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Genderperspektive sowohl in der Ursachenforschung als auch in Strategien zur Krisenbewältigung weitgehend vernachlässigt wird.

Der Beinahe-Zusammenbruch des Systems wurde – nicht ohne Warnungen von Seiten der Zivilgesellschaft – durch das fast völlige Fehlen regulierender Maßnahmen für die Finanzflüsse bewirkt, sodass eine unkontrollierte Entwicklung riskanter neuer Finanzprodukte, Strukturen und Instrumente möglich war.<sup>28</sup> Unbefriedigend ist die Antwort der Regierungen, wobei allerdings das Krisenmanagement im Norden und Süden sehr unterschiedliche Ansätze zeigt.

##### **Stimuluspakete für die reichen, Sparpakete für die armen Länder**

Ein großer Unterschied zu bisherigen Finanzkrisen ist, dass diesmal die Industrieländer im Mittelpunkt stehen. Durch diese eigene Betroffenheit ist auch die Reaktion auf die Krise anders als bei früheren Krisen in Ländern des Südens und Ostens. Während dort Währungen abgewertet und den öffentlichen Haushalten umfassende Sparpakete verordnet wurden, die zu verheerenden sozia-

len Notständen führten, verfügen die Industrieländer über ausreichend Mittel, ihre Banken aus Staatsgeldern zu retten und die Wirtschaft über Konjunkturprogramme am Laufen zu halten. Sie haben also beschlossen, „kontrazyklisch“ zu agieren. Auch für einige Schwellenländer trifft dies zu. In den Industrieländern des Nordens betragen die für Konjunkturpakete zur Verfügung gestellten Mittel 3,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). In den meisten Ländern sind sie für die Dauer von zwei Jahren vorgesehen. China hat besonders stark reagiert, mit der Ankündigung eines Konjunkturpakets in der Größenordnung von mehr als 13 Prozent des BNE.<sup>29</sup>

Viele Entwicklungs- und andere Schwellenländer hingegen, darunter auch osteuropäische Länder, mussten sich an den IWF wenden, um Geldspritzen zur Stabilisierung ihrer Währung und ihres Bankensystems zu erhalten. Die mit IWF-Krediten verbundenen Konditionalitäten fordern (ähnlich wie in der Vergangenheit) „prozyklische“ Maßnahmen – d. h. die Staaten müssen Sparpakete auflegen. Der IWF hat durch die Finanzkrise eine enorme Aufwertung erfahren. Dabei hatte seine Bedeutung im Lauf der letzten Jahre extrem nachgelassen – die katastrophalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der von ihm verordneten Struktur Anpassungsprogramme hatten sich herumgesprochen.

Als Reaktion auf die Finanzkrise war einer der ersten gemeinsamen Beschlüsse der Industrieländer, die Mittel für den IWF aufzustocken; sie wurden verdreifacht, ohne dass die Vergabepolitik des IWF zuvor reformiert<sup>30</sup> und vor allem den Entwicklungs- und Schwellenländern eine demokratische Mitsprache ermöglicht worden wäre. Per Ende Mai 2009 waren fast 50 Staaten zu SchuldnerInnen beim IWF geworden.<sup>31</sup> Die Möglichkeit dieser Länder, die Wirtschaft ausgabenseitig durch Inlandsnachfrage und Schaffung von Arbeitsplätzen zu stimulieren, wird durch die IWF-Konditionalitäten massiv eingeschränkt. Nur Länder, die sich in der Vergangenheit als „IWF-Musterschüler“ bewiesen, haben mehr Spielraum. Der Großteil der Mittel geht an Länder mittleren Einkommens, während die ärmsten Länder weitgehend leer ausgehen.<sup>32</sup>

<sup>25</sup> United Nations, A/CONF. 214/4, S. 2ff

<sup>26</sup> United Nations, E 2009/73

<sup>27</sup> United Nations, A/CONF214/4, S. 2

<sup>28</sup> United Nations: A/CONF. 214/4, S. 3

<sup>29</sup> UNCTAD 2009, S. 21ff

<sup>30</sup> vgl. Dombrovkis 2009

<sup>31</sup> UNCTAD 2009, S. 22

<sup>32</sup> EURODAD 2009

Alle Regierungen, im Norden wie im Süden, verfolgen weiterhin eine Politik, die die strukturellen Probleme des Finanzsektors nicht verändert, die mangelnde Nachhaltigkeit vieler Industrien nicht einmal angeht und die großen Unterschiede der wirtschaftlichen Möglichkeiten verschiedener Länder nicht berücksichtigt.

### Wirtschaftliche Rezession und ihre Folgen

Mit dem Einbruch des Welthandels – im ersten Viertel des Jahres 2009 um 40 Prozent – verringerten sich auch die Exporte aus den Ländern des Südens. Besonders schlimm traf es viele Länder südlich der Sahara, die wirtschaftlich auf den Export ihrer Rohstoffe angewiesen sind, aber auch Indien und China, deren Handelsvolumen um die Hälfte zurückging.

Ein weiterer Negativfaktor für viele Länder des Südens war der starke Anstieg der Kreditkosten, was zu einem enormen Anstieg der Auslandsschulden, meist in Fremdwährungen, führte. Die Schuldenlast trifft vor allem die Gruppe der *Heavily Indebted Poor Countries (HIPC)*. Ende 2008 waren 31 Länder mittleren bis hohen Belastungen ausgesetzt, während zehn Länder nicht in der Lage waren, ihre Schulden zurück zu zahlen.<sup>33</sup> Im Zusammenhang mit Währungsschwankungen und enormen Schwankungen der Rohstoffpreise wird die Einkommenslage der Entwicklungsländer kaum planbar.

Aufgrund der angespannten Wirtschaftslage in den nördlichen Industrieländern gingen die Investitionen in Ländern des Südens zurück. So gingen die Privatinvestitionen von 2007 auf 2008 um die Hälfte zurück.

Investitionen in soziale Infrastruktur und Sozialhilfeprojekte wurden gekürzt, auch bei der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) wird gespart. So wurde in Österreich ein weiteres Mal keine Aufstockung der Mittel für EZA vorgenommen, obwohl sich Österreich international verpflichtet hat, 0,51 Prozent seines BNE bis 2010 und 0,7 Prozent bis 2015 auszugeben. Österreich hat auch keinerlei Zeitplan erstellt, um diese Ziele zu erreichen<sup>34</sup>, und wichtige Projektanträge für Armutsbekämpfungs- und Empowerment-Programme, vor allem in Afrika, liegen in der Schublade.<sup>35</sup>

In den nächsten Jahren, wenn es ans Zurückzahlen der Staatsschulden geht,

werden auch Frauen in Österreich stark betroffen sein, weil sie durch ihre oft ungesicherten Einkommensverhältnisse auf den Sozialstaat am meisten angewiesen sind. Dramatisch jedoch ist die Situation für Frauen in den Ländern des Südens und Ostens, die am Finanzmarkt zwar völlig unbeteiligt sind, seinen Zusammenbruch am meisten und nachhaltigsten spüren werden.

Ein weiterer Faktor, der zum Ansteigen der Armut in Ländern des globalen Südens führt, ist der Rückgang der Geldüberweisungen von MigrantInnen. Im Jahr 2008 betragen diese drei Milliarden US-Dollar, fast das Dreifache der jährlichen Entwicklungshilfe an diese Länder (siehe Abschnitt „Die Krise und ihre Auswirkungen auf Migration“, S. 13f).

Diese Entwicklungen führen zu beträchtlichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die von der Weltbank für 98 von 104 Entwicklungsländern vorhergesagt werden. Die entstehende Lücke soll Ende 2009 bis zu 700 Milliarden US-Dollar betragen. Die Pro-Kopf-Einkommen in armen südlichen Ländern sind bereits zwischen 2004 und 2007 im Durchschnitt um sechs Prozent zurückgegangen, wobei die Situation in Afrika südlich der Sahara und in der Karibik besonders besorgniserregend ist. Die Zahl der absolut Armen und unterernährten Menschen hat mittlerweile die Milliardengrenze überschritten!

### Reichtum und Umverteilung

*„Geld ist da. Wohin ist das ganze Geld geflossen? Zu den Reichen. Glauben Sie niemandem, der sagt, wir haben kein Geld. Wir haben in den vergangenen 30 Jahren nichts anderes getan, als die Reichen zu entlasten. Unter Präsident Eisenhower zahlten die Bestverdiener in den USA Steuersätze um die 90 Prozent. Der Spitzensteuersatz in den USA liegt heute bei 35 Prozent. Und wer die richtigen Anwälte und Finanzberater hat, zahlt gar nichts.“ (Susan George)<sup>36</sup>*

Die Wirtschaftskrise ist an kaum einem Land vorbeigegangen. In den schon vorher von hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffenen Ländern kam es zum weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit, jedenfalls was den bezahlten Arbeitsmarkt betrifft. Nach Prognose der ILO vom Oktober 2009 wird die Zahl der Arbeitslosen zwischen 2007 und 2009 weltweit voraussichtlich um 39 Millionen

<sup>33</sup> United Nations 2008, E.08.I.17

<sup>34</sup> CONCORD 2009, S. 20

<sup>35</sup> Globale Verantwortung 2009

<sup>36</sup> George 2009

Menschen ansteigen (im „worst case“-Szenario sogar um 61 Millionen), während mit 222 Millionen neuen „working poor“ zu rechnen ist.<sup>37</sup> Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung werden zudem auch noch bis zu sechs Jahre nach Beilegung der Krise anhalten.<sup>38</sup>

### **Geschlechtsspezifische Auswirkungen und Folgen der Krisen**

Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Krise variieren stark von Land zu Land bzw. von Region zu Region. Da alle gängigen makro-ökonomischen Sichtweisen einen blinden Fleck gegenüber geschlechtsspezifischen Fragestellungen aufweisen, gibt es derzeit wenig Daten über die Folgen der Wirtschaftskrise für Frauen. Die ILO geht davon aus, dass Frauen insbesondere in Ländern, in denen die Frauenarbeitslosigkeit bereits hoch ist und Frauen nur schwer Zugang zum formellen Arbeitsmarkt finden, von höherer Arbeitslosigkeit und erhöhten Zugangsbarrieren betroffen sein werden (Nord-Afrika, Lateinamerika/Karibik und Naher Osten).<sup>39</sup> Ein Risikofaktor ist weiterhin die Beschäftigung in exportorientierten Fertigungsbetrieben, die von der Rezession stark betroffen sind (Südostasien).<sup>40</sup>

In der Krise werden Frauen aus der ohnehin schon schlecht bezahlten Lohnarbeit hinausgedrängt und müssen auf prekäre und/oder informelle Arbeiten ausweichen, die zudem häufig gesundheitlich belastend sind – lange und unregelmäßige Arbeitszeiten, zu wenig Pausen, Schwerstarbeit, Hantieren mit schädlichen Chemikalien etc. Wenn die Arbeitsplätze erhalten bleiben, nützen die Unternehmen die Krise oft als Vorwand für eine radikale Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Entlohnung (z. B. multinationale Konzerne in China, Taiwan, Mexiko). Der Mangel an Bargeld wird dann von den Frauen durch zusätzliche Leistungen im Haushalt, bei Kinderbetreuung und Pflege etc. auszugleichen versucht, wodurch die physische und psychische Überlastung steigt.

Sicher ist, dass sich die Krise insbesondere in den Ländern des Südens für Frauen negativ auswirkt, wo Frauen bis zu 70 Prozent der ärmsten Bevölkerungsschichten bilden, da sie über keinerlei Reserven zur Abfederung der Krise verfügen.

### **Fehlende Ernährungssicherheit**

Besonders drastisch ist in den Ländern des Südens die seit Jahren andauernde kontinuierliche Zerstörung der Ernährungssicherheit. Ursachen dafür sind:

- ungerechte Handelsbedingungen (Zwang zur Marktöffnung: Überschwemmung der Märkte mit subventionierten Nahrungsmitteln aus dem Norden zu Dumpingpreisen);
- Preisschwankungen für Lebensmittel durch Rohstoff-Spekulation;
- fehlende Maßnahmen für Umwelt- und Klimaschutz, daher Verluste an Anbauflächen und Ernteerträgen;
- Förderungen für großflächige Agroindustrien (z. B. Produktion von Biosprit) und landwirtschaftliche Exporte insbesondere durch internationale Finanzinstitutionen, anstatt für bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe, die vor allem der Selbstversorgung der Länder dienen könnten.

In einer Situation der Lebensmittelknappheit werden dann oft junge Mädchen schlechter versorgt als ihre Brüder, erwachsene Frauen müssen auf Nahrung zugunsten ihrer Ehemänner und Söhne verzichten. Auch sind weitere Gefährdungen des ökologischen Gleichgewichts zu erwarten, da Bereitschaft und Möglichkeiten zu Investitionen in alternative Energien und Strategien des Umweltschutzes abnehmen. Traditionelles landwirtschaftlich-ökologisches Wissen von Frauen wird im Zuge der Industrialisierung der Landwirtschaft zurück gedrängt und geht verloren. Damit verschwindet auch ein erheblicher Teil der biologischen Vielfalt.

Die genannten Tendenzen führen zu einer Zunahme der Kindersterblichkeit durch Unterernährung, wirken sich aber auf das gesamte Gesundheitswesen negativ aus, da die hier eingesetzten staatlichen Mittel reduziert und Privatisierungen vorgenommen werden. Dies hat vielfach fatale Auswirkungen auf Frauen: so etwa müssen Frauen in Chile dreimal höhere Prämien in die private Krankenversicherung einzahlen als Männer, da ihr Erkrankungsrisiko höher eingeschätzt wird.

### **Millenniumentwicklungsziele**

Auch im Bildungssektor sind es in erster Linie Frauen und Mädchen, die Opfer von Einsparungsmaßnahmen werden. Niedriger sozialer Status und die Rolle der Dienenden bieten einerseits die Begründung für das Vor-

<sup>37</sup> ILO, 26.10.2009

<sup>38</sup> ILO 2009, GB.304/ESP/2

<sup>39</sup> ILO, 26.10.2009

<sup>40</sup> Oxfam 2009

enthalten der Bildung, und verfestigen sich andererseits eben dadurch. Es kommt zum Ausschluss aus dem formellen Arbeitsmarkt, zu politischer Rechtlosigkeit und sozialer Unsichtbarkeit. Wenn Ziel 3 der Millennium Development Goals, die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und des Empowerments von Frauen, verwirklicht werden soll, muss dem Anliegen der institutionellen Bildung und der Bewusstseinsbildung vorrangige Aufmerksamkeit gezollt werden – und gerade hier scheint es an internationalem und nationalem Engagement zu fehlen.

Aufgrund der eben skizzierten Tatsachen und Zusammenhänge wird es außerordentlich wichtig sein, genderspezifische Erkenntnisse und Lösungsvorschläge in alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise einfließen zu lassen – und gleichzeitig damit auch einen langfristigen entwicklungspolitischen Perspektivenwechsel anzustreben. Eine kürzlich unternommene „rapid assessment study“ von UNIFEM geht auf den Hintergrund und den aktuellen Stand von Konjunkturentwicklungsprogrammen in zehn Ländern des asiatisch-pazifischen Raums ein und hebt genau diese Überzeugungen hervor: „Wenn Konjunkturprogramme als Entwicklungsinstrument und nicht als kurzfristige Antwort auf die Krise gesehen werden, können sie weitreichende Veränderungen innerhalb der makro-ökonomischen Politik (...) bewirken und sicherstellen, dass den Beiträgen von Frauen zur wirtschaftlichen Erholung und zu künftigem Wachstum Rechnung getragen wird und genderpolitische Erfolge erzielt werden können.“<sup>41</sup>

### **Die Krise und ihre Auswirkungen auf Migration**

Frauen machen knapp die Hälfte aller internationalen MigrantInnen aus. Sie arbeiten in den Zielländern (in den Industriestaaten, Golfstaaten oder Schwellenländern) vielfach im Dienstleistungssektor, sei es in formellen oder auch vielfach in informellen Beschäftigungsverhältnissen: als Pflegekräfte im Gesundheitsbereich, in der Gastronomie, in Reinigungsfirmen, als Putzfrauen oder Pflegerinnen in Privathaushalten sowie in der Prostitution. Erhebliche Teile des verdienten Geldes werden an die Familien in den Herkunftsländern überwiesen (Remittances). Sie sichern dadurch vielfach das Überleben der Angehörigen und sind wichtige DevisenbringerInnen für diese Länder.

<sup>41</sup> UNIFEM 2009

### **Einkommenseinbußen bolivianischer Migrantinnen in Spanien**

*Eine Studie über die Situation bolivianischer Migrantinnen in Spanien zeigt, dass sich für sie die Wirtschaftskrise in einem massiven Einkommensverlust niedergeschlagen hat.<sup>42</sup>*

*Verdienten bolivianische Migrantinnen in Spanien 2006 zwischen 1.360 bis 1.640 US-Dollar monatlich, so waren es 2009 nur 680 bis 817 US-Dollar. Viele der bolivianischen Migrantinnen sind als Hausangestellte tätig, die meisten haben keine soziale Absicherung und arbeiten mehr als acht Stunden am Tag.*

*Der Frauenanteil an den zwischen 2003 und 2007 auf der Suche nach Arbeit ins Ausland migrierten BolivianerInnen beträgt 56 Prozent. Während in der Regel die Remittances von Frauen zwar regelmäßiger, jedoch vom Betrag her niedriger als die von Männern sind, ist der Anteil der Rücküberweisung bolivianischer Frauen außerordentlich hoch: Er macht sechs Prozent des bolivianischen Bruttonationaleinkommens (BNE) aus! Bolivianerinnen schicken rund 40 Prozent ihres Einkommens an ihre Familien (verglichen mit den Männern, die rund 14 Prozent ihres Einkommens nach Hause überweisen).*

Der Rückgang von Geldüberweisungen durch MigrantInnen an ihre Familienangehörigen ist eine absehbare Folge der globalen Rezession. In einigen Regionen sind die sogenannten „Remittances“ bereits 2008 zurückgegangen, so nach Lateinamerika und der Karibik, was mit den US-amerikanischen Jobverlusten vor allem in der Bauwirtschaft zu tun hat. Global prognostiziert die Weltbank für 2009 einen Rückgang der Remittances von sieben bis zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr, gibt dabei jedoch keine geschlechtsspezifische Prognose ab und orientiert sich auch nur sehr generell an ihrer allgemeinen Konjunkturprognose.<sup>43</sup> Dennoch stellen Rücküberweisungen von MigrantInnen einen vergleichsweise stabilen Geldfluss in die Entwicklungsländer und dauerhaften Einkommensfaktor für die zurückgebliebenen Familien dar. Zum Vergleich: Bei den ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer rechnet die Weltbank für 2009 mit einem Rückgang um 50 Prozent!

Rücküberweisungen haben generell einen unmittelbar armutsreduzierenden Effekt, da sie direkt in den privaten Konsum fließen, welcher

<sup>42</sup> IPS, 25.5.2009

<sup>43</sup> World Bank 2009

wiederum lokale Wirtschaftskreisläufe stimuliert.

### **Migrationspolitik in der Krise**

Viele Länder wie z. B. Australien, Golfstaaten, Malaysien, Thailand haben auf die Krise mit einer restriktiven Vergabe von neuen Arbeitsbewilligungen reagiert, sodass die legale Neuzuwanderung abnimmt. Die Staaten der Europäischen Union betreiben schon länger restriktive Migrationspolitiken und verstärken diese tendenziell. Manche Länder (Spanien, Tschechische Republik) versuchen mit finanziellen Anreizen, MigrantInnen zu bewegen, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Starke Entsenderstaaten wie Pakistan, Bangladesch, die Philippinen, Marokko und Sri Lanka erleben eine verstärkte Rückkehr von MigrantInnen.<sup>44</sup>

Die meisten MigrantInnen versuchen nach Möglichkeit, die Wirtschaftskrise in den Zieländern zu überdauern, weil sie dort noch immer bessere Jobchancen haben. Durch restriktive Migrationspolitiken werden sie dabei jedoch in den informellen Sektor abgedrängt, wo sie einen Pool an billiger, flexibler Arbeitskraft bilden.

MigrantInnen zahlen nicht nur mit der eigenen prekären Situation für die Labilität unseres Weltwirtschaftssystems. Mitbetroffen sind auch ihre Angehörigen, wenn die lebenswichtigen Geldüberweisungen zurückgehen, und den Entwicklungsländern wird eine zusätzliche Last durch vermehrte Arbeitslosigkeit aufgebürdet.<sup>45</sup>

## **5. RÜCKBLICK: DIE MEXIKO- UND ASIENKRISE**

Ein Blick auf vergangene Krisen kann verschiedene geschlechtsspezifische Aspekte der Folgen von Finanzkrisen aufzeigen. Zudem wird klar, dass die Paradigmen marktradikaler Wirtschaft nicht länger haltbar sind.

### **Mexikokrise – Beispiel einer fehlgeleiteten ökonomischen Ausrichtung**

Durch eine vorangegangene Schuldenkrise Mexikos (1982) hatte sich der Staat auf eine umfassende Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsrechte eingelassen und wurde durch die Steuerbefreiung von Import und Export zu einer einzigen Freihandelszone entwickelt.

Ein wichtiges Element dieses Systems ist die Maquilaindustrie. Der Aufbau von exportorientierten Fertigungsindustrien – in Mittelamerika Maquiladoras genannt – wurde und wird mit dem Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen, stabiler, nachhaltiger Beschäftigung und einer Verringerung der Armut forciert. Speziell für Frauen sollten diese eine Möglichkeit darstellen, in die Lohnarbeit einzusteigen und damit patriarchale Strukturen zu durchbrechen. Mit einem Anteil von 70 bis 90 Prozent sind in der Maquila-Industrie zu einem überwiegenden Ausmaß Frauen beschäftigt. Die Auswirkungen für Frauen im Falle der Mexikokrise (1995-2001) widerlegen diese Einschätzung. Die Löhne der Frauen in den Maquiladoras sind 2006 um 40-60 Prozent geringer als 1982.

Das politische Kalkül, dadurch nachhaltige und formelle Arbeitsplätze zu schaffen, hat sich also bis heute nicht erfüllt. Eher das Gegenteil. Die Maquila-Industrie wächst ohne Verbindung zur mexikanischen Wirtschaft: 97 Prozent der Materialien durchlaufen das Land lediglich zu Zwecken der Weiterverarbeitung. Einzelne Arbeitsschritte werden dabei über Subunternehmerketten bis in die Heimarbeit und somit in einen arbeitsrechtlich nicht regulierten Raum ausgelagert. Eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen mittels Aus- und Weiterbildung ist nicht erkennbar.<sup>46</sup> Noch immer gehen Frauen den monotonen Tätigkeiten am Fließband nach. Maquiladoras bauen auf dem vorherrschenden, patriarchalen Wertesystem auf und setzen damit geringere

<sup>44</sup> IPS, 17.4.2009

<sup>45</sup> vgl. Global Forum on Migration & Development 2009

<sup>46</sup> Interview mit Qintero Ramírez; zit.n.: Spitzer 2006

Löhne, Aufstiegschancen und eine strukturelle Diskriminierung von Frauen durch. Die Maquila-Industrie ist ein feminisierter Wirtschaftsbereich; einzig in den innovativen, modernen, weniger arbeitsintensiven und hochwertigeren Sektoren maskulinisiert sich diese.

In der Mexikokrise (1995-2001) waren Frauen in der Textilindustrie diejenigen, die mit 26,3 Prozent die stärksten Arbeitsplatzverluste hinnehmen mussten.<sup>47</sup> Im kapitalintensiveren Elektroniksektor, in dem überwiegend Männer erwerbstätig sind, wurde die Krise schneller überwunden. Lediglich in den Zulieferbetrieben für den Weltmarkt, die keine Endprodukte herstellen, mussten auch in der Elektronikindustrie überproportionale Arbeitsplatzverluste hingenommen werden. Frauen, die in diesem Sektor arbeiteten, waren von Kündigungswellen besonders betroffen. Parallel dazu wurde die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern größer. Lag der Verdienst von Arbeiterinnen 2000 acht Prozent unter dem ihrer männlichen Kollegen, stieg dieser Unterschied bis 2003 auf 13,2 Prozent an.<sup>48</sup>

Die Situation wurde durch ein Schwinden der Kaufkraft weiter verschärft. 1982 entsprach die Kaufkraft eines Mindestlohns noch 93,5 Prozent des Warenkorb für eine fünfköpfige Familie, bis 2004 fiel dieser Wert auf 16,98 Prozent dieses Warenkorb. Der Mindestlohn büßte mehr als 84 Prozent seiner Kaufkraft ein.<sup>49</sup> Mindestens 960 Fabriken wurden zwischen 2001-2003 geschlossen.<sup>50</sup> Besonders durch die Androhung von Betriebsverlegungen war es den Unternehmen möglich, weitere günstige Konditionen für ihr Wirtschaften durchzusetzen. Die Gewerkschaften mussten unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit der Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen zustimmen. In manchen Fabriken wurden diese von einem Tag auf den anderen um 60 Prozent gekürzt.<sup>51</sup>

<sup>47</sup> vgl. Männer: 22,4 Prozent, [www.inegi.gob.mx](http://www.inegi.gob.mx) [20.05.2006], zit. n. Spitzer 2006

<sup>48</sup> Nacionales Statistkinstitut Mexiko, [www.inegi.gob.mx](http://www.inegi.gob.mx) [20.05.2006], zit.n. Spitzer 2006

<sup>49</sup> Centro de Análisis Multidisciplinario (2004), <http://www.economia.unam.mx/cam/index.html>, [20.04.2006], zit. n. Spitzer 2006

<sup>50</sup> Nacionales Statistkinstitut Mexiko, [www.inegi.gob.mx](http://www.inegi.gob.mx), [15.05.2006], zit. n. Spitzer 2006

<sup>51</sup> Interview mit dem Gewerkschafter Sergio Carreno; in: Spitzer 2006, zit. n. Spitzer 2006

### Die Asienkrise: Das Klischee des „Hauptverdieners“

Mexiko ist kein Einzelfall. Wirtschaftskrisen ziehen quer über den Globus ähnliche Konsequenzen für Arbeitnehmerinnen nach sich. Feminisierung von Armut und eine zunehmende Informalisierung von Frauenarbeit sind unmittelbare Folgen einer Krise im Rahmen der patriarchalischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. In dieser Gesellschaftsordnung werden Männer als „Hauptverdiener“ gesehen, die wirtschaftliche Leistung der Frauen bleibt unsichtbar. Diese Sichtweise bedingt, dass Frauen oft in atypischen, prekären und informellen Arbeitsverhältnissen mit geringer oder keiner gesetzlichen Absicherung erwerbstätig sind, weniger Lohn trotz gleicher Arbeit erhalten und daher überwiegend von Armut betroffen sind. Zum Beispiel wurden während der Asienkrise zu einem überwiegenden Teil Frauen entlassen. In Thailand wurden 53 Prozent<sup>52</sup> der erwerbstätigen Frauen gekündigt, und in Korea wurden Frauen siebenmal häufiger als Männer entlassen.<sup>53</sup> Verheiratete Frauen wurden öfter gekündigt als verheiratete Männer. Die Zahl angestellter Frauen sank um fast 20 Prozent, wohingegen nur 6,3 Prozent der Männer ihr reguläres Angestelltenverhältnis verloren. Während 330.000 Frauen aus dem koreanischen Arbeitsmarkt gedrängt wurden, erhielten 150.000 Männer neue Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Informell oder unbezahlt im Haushalt zu arbeiten,<sup>54</sup> war für viele Frauen die einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Frauen müssen den überwiegenden Teil der Krisenkompensation leisten. In den Philippinen beispielsweise stieg die Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern annähernd gleich an. Die Anzahl der Arbeitsstunden von Männern fiel ebenfalls, während die der Frauen wuchs. Eine Erklärung dafür ist, dass Frauen als einzige Alternative überwiegend für Subunternehmen von internationalen Konzernen in informeller Heimarbeit erwerbstätig waren. In Indonesien kompensierten Frauen sowohl ihren Arbeitsplatzverlust als auch den ihrer Männer mit vermehrter informeller Arbeit und der Herstellung von Gütern für den eigenen Haushalt (z. B. Kleidung).<sup>55</sup>

<sup>52</sup> Dragsbaek Schmidt 2008, S. 143

<sup>53</sup> Seguino 2009

<sup>54</sup> ILO 2009 (Asia in the Global Economic Crisis)

<sup>55</sup> Elson 2002



## Der Weg in die Informalisierung

Die dramatischste Auswirkung von Wirtschafts- und Finanzkrisen ist die zunehmende Deregulierung des Arbeitsmarktes. Arbeit wurde immer mehr flexibilisiert und prekäre, atypische und informelle Arbeitsformen wurden rechtlich anerkannt.<sup>56</sup> In Lateinamerika ebenso wie in Asien war es in den Phasen des Booms weder der Politik noch den Gewerkschaften ein Anliegen, Gehälter anzuheben und nachhaltige Sozialsysteme aufzubauen. Das Gegenteil war der Fall: In allen Ländern ging eine intensive Phase der arbeitsrechtlichen Deregulierung und des Abbaus von Arbeitsrechten Hand in Hand mit wirtschaftlichem Wachstum. Im Akutfall der Krise waren die Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen den Wünschen der Unternehmen ausgeliefert und mussten den Verlust ihrer Arbeitsrechte hinnehmen wie beispielsweise Lohnkürzungen und Kürzungen der Investitionen in Aus- und Weiterbildung.

Die Informalisierung und der Abbau von arbeits- und sozialrechtlicher Verantwortung waren in vielen Regionen während der Krise zu beobachten. In Thailand und Südkorea wurden mittels Outsourcing die Kosten für Sozialleistungen verringert, Direktanstellungen wurden vermieden, das Ausmaß privater Stellenvermittlung nahm zu (Leiharbeit), um jede Verantwortung der ArbeitgeberInnen auszuschließen. Kurzfristige Arbeitsverträge ohne Sozialleistungen wurden zur Norm. In Thailand liegt als Konsequenz dieser Umwälzungen der Anteil an den „Selbstständigen“ und in den Familien Mitarbeitenden bei 53 Prozent der Gesamtbeschäftigten.<sup>57</sup> In Mexiko waren besonders ältere Arbeitnehmerinnen von den Kündigungen in den Maquiladoras betroffen, da sie von den Unternehmen als zu kostenintensiv betrachtet wurden. Die fehlende, nicht vom Unternehmen unterstützte Weiterbildung der betroffenen Frauen machte sie austauschbar. Es gab für sie keine Möglichkeit mehr, am formalen Arbeitsleben teilzuhaben.

## 6. WER ZAHLT DIE KRISE?

Die zunächst als Krise der Finanzwirtschaft eingetretene globale Erschütterung des internationalen Wirtschaftsgefüges wurde teilweise als Chance zu einer nachhaltigen Umgestaltung der Weltpolitik und Weltwirtschaft gesehen. Die Hoffnung, dass die dringendsten Probleme der weltweiten Armut, des Klimawandels und der Benachteiligung von Frauen in den Mittelpunkt der staatlichen Eingriffe zur Krisenbekämpfung gestellt werden, wurde aber bald zerstört.

Die österreichische Bundesregierung hat, wie die Regierungen der meisten Industrieländer, im Oktober und Dezember 2008 mit zwei Konjunkturpaketen auf die Krise reagiert. Die schon vorher geplante Steuerreform dazu gerechnet, schätzen Experten die Kosten dieses Programms auf 5,7 Milliarden Euro. Dazu kommt das Bankenrettungspaket, für das insgesamt 100 Milliarden Euro für Garantien und Eigenmittel für die Banken reserviert wurde.

Da in Österreich, wie allgemein in Europa und den USA, zuallererst männliche Arbeitsplätze bedroht waren, wurden hohe Summen vorrangig zur Ankurbelung der Großindustrie (u. a. Auto-Verschrottungsprämie), der Bauwirtschaft (875 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen) und für regionale Beschäftigungsmaßnahmen verwendet. Nutznießer dieser Maßnahmen sind vorwiegend die Beschäftigten in der Industrie und im Baugewerbe – das sind vor allem Männer.

Frauen sind zwar in Österreich bis jetzt von der Arbeitslosigkeit weniger betroffen, allerdings gibt es einen Anstieg an Teilzeitbeschäftigung. Die Erfahrung aus früheren Krisen zeigt: die Frauenarbeitslosigkeit wird zunehmen, wenn die Situation am Dienstleistungssektor kritischer wird. Die Gefahr besteht, dass Frauen wieder vermehrt in die unbezahlte Arbeit abgedrängt werden; deshalb sind die ca. 70 Millionen Euro, die das verpflichtende Gratis-Kindergartenjahr kosten wird, einer der wenigen Schritte in die richtige Richtung. Diese Maßnahme und ein höherer Betrag für Forschung und Entwicklung und auch die ca. 100 Millionen Euro für thermische Sanierung von Gebäuden haben einen sozialen, ökologischen und zukunftsfähigen Aspekt. Ansonsten werden unvorstellbare Summen dafür aufgebracht, damit alles beim Alten bleiben kann.

<sup>56</sup> Dragsbaek Schmidt 2008, S. 143

<sup>57</sup> vgl. ILO 2007: 20

Die ungleichen Einkommen von Frauen und Männern, der Klimawandel, die durch die Krise noch massiv verschärfte Armut in den Ländern des Südens und Ostens haben keinen Raum bei den Überlegungen der österreichischen Bundesregierung zur Krisenbekämpfung. WIDE befürchtet, dass dort, wo Konjunkturankurbelung gesellschaftspolitisch nachhaltige Effekte haben könnte – bei den sozialen Dienstleistungen, bei Pflege, im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und vor allem bei der Entwicklungszusammenarbeit –, in Zukunft noch mehr gespart wird, denn die Staatsverschuldung bedeutet eine höhere Zinslast und muss in den nächsten Jahren ja wieder reduziert werden.

Auch bei der Steuerreform 2008 war weder ein ökologischer noch ein sozialer oder ökonomischer Umbau in Angriff genommen worden. Das verpflichtend einzuführende Gender Budgeting ist derzeit nicht mehr als ein Schlagwort. Vermögen, Erbschaften und Schenkungen sind steuerfrei, ebenso Vermögenszuwächse, wenn die Vermögen außerhalb der Spekulationsfrist veräußert werden. Das Bekenntnis zu einer Finanztransaktionssteuer ist eine Irreführung der StaatsbürgerInnen, da eine einstimmige Entscheidung dafür in der EU kaum durchsetzbar sein wird – noch dazu bei dem bisher sehr geringen Engagement Österreichs dafür.

### Steuerreform unvermeidlich

Die enormen Schulden, die alle Staaten im Zuge der Rettung des Finanzsystems eingegangen sind, werden ohne Erhöhung des Steueraufkommens nicht abgebaut werden können. Lediglich durch Sparen bei den Ausgaben, wie etwa bei der immer wieder angeführten Verwaltungsreform, sind diese Summen nicht aufzubringen. Es ist daher Vorsicht geboten, wenn die Schulden über geringere Staatsausgaben abgebaut werden sollen, da dies meist zulasten der Leistungen des Sozialstaates geht, also all jener, die diesen Sozialstaat am meisten brauchen. Das sind Menschen am unteren Ende der Einkommenspyramide, Arbeitslose, MigrantInnen, Kinder und alte Menschen sowie Randgruppen der Gesellschaft. Frauen sind in all diesen Gruppen überproportional betroffen. Diese Menschen haben die Krise ganz sicher nicht verursacht, leiden aber ganz besonders unter ihren Folgen.

Bei der Konsolidierung der Staatshaushalte sollten daher die in den letzten Jahren enorm

gestiegenen Einkommenszuwächse bei den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung angemessen besteuert werden. Dies gilt auch bei gesellschaftlich unerwünschten und für Umwelt und Klima belastenden Verhaltensweisen, Produkten und Technologien.

Steuereinnahmen sind Voraussetzung für das Funktionieren eines Staates. Öffentliche Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Pflege, Betreuung, Infrastruktur und Verwaltung müssen durch Steuern finanziert werden. Das Steuersystem soll aber auch eine umverteilende Wirkung haben. Das Ziel muss sein, ungleiche Lebenschancen auszugleichen und allen Menschen innerhalb des staatlichen Wirkungsbereiches ein den Menschenrechten entsprechendes Leben zu ermöglichen. Dabei ist vor allem darauf zu achten, dass Frauen aufgrund ihrer oft ungesicherten Lebenssituation besonders auf umverteilende Wirkung durch die Besteuerung angewiesen sind (Negativsteuer).

Darüber hinaus ist von einem reichen Land wie Österreich auch ein substanzieller Beitrag zur internationalen Solidarität zu leisten. Die schon vor Jahrzehnten eingegangene Verpflichtung zur Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) ist endlich umzusetzen. Weiters hat das Steuersystem eine lenkende Wirkung – öffentlich gewünschtes Verhalten sollte entlastet, unerwünschtes Verhalten belastet werden (Ökosteuern, Tabaksteuer usw.).

### Zur Rolle des Staates

*„Das Durchsetzen der Marktideologie ging mit einer offensiven Strategie der Abwertung, der Denunzierung des Staates als wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Akteur einher. Damit ist Wissen abgewertet worden, verloren gegangen und vor allem nicht maßgeblich weiterentwickelt worden, was inhaltlich die ökonomische Rolle des Staates sein kann, wie sie ökonomietheoretisch zu begründen ist und wie diese Rolle des Staates auf der Ebene des politischen Prozesses demokratisiert werden kann.“*

(Luise Gubitzer)<sup>58</sup>

In der Krise sparen viele Betriebe aus Kostengründen zuallererst Arbeitskräfte ein, der Staat verliert dadurch mehrfach an Steuereinnahmen: Steuer- und Sozialabgaben aus den formalen Dienstverhältnissen sowie

<sup>58</sup> Gubitzer 2009

Einnahmen aus den indirekten Steuern wegen der sinkenden Kaufkraft der Menschen.

Diese negativen Auswirkungen der Krise haben für Frauen spezielle Folgen. Neben Arbeitsplatz- und Einkommensverlust – auch ihrer Partner – wachsen ihre Aufgaben und Belastungen im Feld der unbezahlten Tätigkeiten. Wo der Staat sich aus sozialen Aufgaben zurückzieht, müssen diese Leistungen privat und oft unentgeltlich erbracht werden. Trotzdem müssen die indirekten Steuern auf lebensnotwendige Güter und Leistungen von allen – Arm und Reich – weiterhin bezahlt werden.

Die riesige Schuldenlast des Staates ist durch Bankenrettung, Steuerreform, Konjunkturpakete und die durch die Krise geringeren Steuereinnahmen verursacht und macht eine neuerliche Steuerreform unvermeidlich. Frauenorganisationen sollten sich eingehend damit beschäftigen, wie diese Reform frauengerecht, umweltverträglich und mit dem Blick auf globale Verantwortung gestaltet werden kann. Sie sollten sich zu zivilgesellschaftlichen Netzwerken zur Durchsetzung ihrer Interessen zusammenschließen.

### Wie gerecht sind Steuersysteme?

Frauen haben weltweit einen geringen Anteil am globalen Vermögen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass sie einen überdurchschnittlich hohen Anteil der unbezahlten Haus- und Fürsorgearbeit leisten.

Der größte Teil der österreichischen Steuereinnahmen kommt durch die Besteuerung von unselbständiger Erwerbsarbeit und durch die Mehrwertsteuer, die auf alle StaatsbürgerInnen, egal, ob arm oder reich, gleich verteilt ist, zustande. Dies benachteiligt sozial Schwache, da die Umsatzsteuer nicht nach Einkommen gestaffelt ist.

Steuern auf Vermögen und Vermögenszuwächse sowie Unternehmenssteuern machen hingegen einen sehr geringen Teil des Steueraufkommens aus. Dabei wären Steuern auf Vermögen keine Massensteuern: Die obersten zehn Prozent der Vermögenden halten in Österreich mehr als die Hälfte des Gesamtbruttogeldvermögens.<sup>59</sup> Die Immobilien sind noch ungleicher verteilt: So halten die Top 10 Prozent über 60 Prozent des gesamten Immobilienvermögens.<sup>60</sup> Gemäß der Zeitschrift Trend gibt es auch in Österreich 25 (Dollar-

)Milliardäre.<sup>61</sup> Die Anzahl der Millionäre schwankt zwischen 60.000 und 70.000.

Die Globalisierung hat dazu geführt, dass Steuern nicht nur im nationalen Rahmen gesehen werden können, da die Akteure der globalen Ökonomie grenzüberschreitend handeln. Dennoch sind die nationalen Spielräume für Steuerpolitik noch immer beträchtlich. Eine Veränderung des österreichischen Steuersystems mit einer Entlastung des Faktors Arbeit und der Verringerung der indirekten Steuern auf lebenswichtige Güter und Leistungen sowie eine auf europäische Durchschnittswerte angehobene Besteuerung von Vermögen würde sich positiv auswirken. Eine Veränderung innerhalb der EU und eine international organisierte Schließung von Steueroasen sowie die Besteuerung für Finanztransaktionen auf internationaler Ebene wären zur Vermeidung neuerlicher Finanz- und Wirtschaftskrisen und als Beitrag zur Steuergerechtigkeit dringend erforderlich.

Derzeit liefern sich die EU-Mitgliedsstaaten, die ja in Sonntagsreden die Solidargemeinschaft preisen, bei den Steuern einen Wettlauf nach unten, um internationale Konzerne anzulocken. Gruppenbesteuerung internationaler Konzerne lassen außerdem zu, dass Gewinne dort anfallen, wo kaum Steuern zu zahlen sind, und Verluste in den Ländern, wo höhere Steuern verrechnet werden. Besonders schlimm ist die Situation in den „armen“ Ländern, da dort der Druck in Richtung Steuer geschenke und Steuerfreizonen durch die multinationalen Konzerne noch wesentlich größer ist.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich zur Genderprüfung aller staatlichen Einnahmen und Ausgaben verpflichtet, das heißt, zum Vergleich der unterschiedlichen Auswirkungen ihrer Steuerpolitik auf Männer und Frauen. Damit diese Verpflichtung kein Lippenbekenntnis bleibt, muss Gender Budgeting in allen EU-Staaten institutionalisiert und auch auf die Budgethilfe im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ausgeweitet werden.

Erste Ansprechpartnerin für steuerliche Maßnahmen bleibt aber in jedem Fall die österreichische Bundesregierung.

<sup>59</sup> Mooslechner u. a. 2009

<sup>60</sup> Fessler u. a. 2009

<sup>61</sup> vgl. Oe24.at 2009

## Österreich: einer der am wenigsten transparenten Finanzplätze der Welt

Das von ATTAC mitbegründete, seit Jahren gegen Steuerflucht kämpfende „Tax Justice Network“ hat 2009 erstmals einen Schattenfinanzindex erarbeitet. Diesem Index zufolge zählt Österreich zu den am wenigsten transparenten Finanzplätzen der Welt. Im Ranking des Tax Justice Network liegt Österreich auf Platz zwölf, zwischen den Steueroasen Jersey und Guernsey.<sup>62</sup> An der Spitze der „Verdunkelungsasen“ oder „Schattenfinanzplätze“ steht der US-Bundesstaat Delaware, gefolgt von Luxemburg und der Schweiz. Unter den Top 10 des Financial Secrecy Index (FSI) finden sich mit der City of London, Irland und Belgien immerhin drei EU-Staaten, aber auch die Cayman Islands, Bermuda und die beiden asiatischen Finanzmetropolen Singapur und Hongkong.

Im Gegensatz zu den Kriterien für die schwarzen/grauen/weißen Steueroasenlisten der OECD zielt der Index nicht nur auf das Bankgeheimnis (also den – nicht gewährten – Informationsaustausch auf Anfrage) und Steuerabkommen ab, sondern untersucht, welche Finanzplätze weltweit am meisten zu Intransparenz und Verdunkelung im internationalen Finanzsystem beitragen. Österreich erfüllt laut Tax Justice Network fast alle Kriterien, um als Schattenfinanzplatz zu gelten, dessen Gesetze und Regulierungen vor allem dazu dienen, Menschen Vorteile zu verschaffen, die nicht im Land selbst leben. Vor allem das heimische Stiftungsrecht und der mangelhafte Zugang zu Bankdaten werden kritisiert.

## 7. MAßNAHMEN AUF INTERNATIONALER EBENE

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch die vorangegangene Nahrungsmittel-, Energie- und Klimakrise zeigen, dass es nicht nur darum geht, mehr Geld für die Entwicklung im Rahmen eines globalen Systems auszugeben, das für diese Krisen ja gerade der Hauptverursacher ist. Es braucht eine umfassende Reform des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems, um Armut und Ungleichheit dauerhaft zu bekämpfen. Dies beinhaltet auch ein international abgestimmtes Vorgehen gegen Steueroasen und Steuerflucht, eine gleichberechtigte Beteiligung des Südens an der Lenkung von Weltbank (WB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) und ein Mandat der Vereinten Nationen (UN) als Koordinatorin der notwendigen Reformschritte.<sup>63</sup> Es braucht eine „Antwort nicht von Seiten einer G-20, sondern einer G-192!“<sup>64</sup>

### Krise als Chance für neue Entwicklungsarchitektur?

*„Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts endet in einer der massivsten Wirtschaftskrisen, die durch eine Ära der Deregulierung des Finanzkapitals entfesselt wurde. Die vorangegangenen, für Neoliberale triumphalen Jahre umfassen eine Dekade ungezügelter neokonservativer Hegemonie und fast drei Jahrzehnte einer Entwicklungspolitik, welche vom TINA-Syndrom (,There is no Alternative‘) dominiert war. Obwohl die auf dem Washington Consensus beruhende Politik von Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung in einigen Ländern zu schnellem Wachstum geführt hat, waren die globalen Auswirkungen ein scharfer Anstieg von Armut, Ungleichheit und Umweltverschmutzung. Aber die Schwere der derzeitigen Krise gibt der Welt auch eine historische Chance, umzudenken und gescheiterte Ideen, Institutionen und Politiken aufzugeben und hin zu einer nachhaltigeren, auf den Menschenrechten basierenden globalen Entwicklungsarchitektur zu finden“.*

(Marina Durano, Gigi Francisco & Gita Sen)<sup>65</sup>

<sup>62</sup> vgl. Die Presse 2009, ORF News 2009, ATTAC 2009

<sup>63</sup> vgl. KOO (2008)

<sup>64</sup> WIDE (2009)

<sup>65</sup> Durano u. a. 2009 [eig. Übersetzung]

Die Vereinten Nationen haben sich auf der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die vom 29. November bis 2. Dezember 2008 in Doha stattfand und bereits im Zeichen der multiplen internationalen Krisen stand, mit einer Analyse der Lage und Reformvorschlägen beschäftigt. NGOs und Frauennetzwerke brachten vielfältige Vorschläge ein, von denen jedoch nur einige wenige aufgegriffen wurden; allerdings fand das Bekenntnis zur Gleichstellung von Frauen u. a. mittels „Gender Budgeting“ Eingang in das Schlussdokument.

Das Hauptergebnis der Konferenz in Doha 2008 war der Beschluss, sich der Finanzkrise und ihren Folgen als zentraler Herausforderung anzunehmen und eine UN-Konferenz zur „Internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen auf die Entwicklung“ einzuberufen, die vom 24.-26. Juni 2009 in New York stattfand. Im Vorfeld wurde eine Kommission zur Erarbeitung von Reformvorschlägen unter dem Vorsitz von Joseph Stiglitz<sup>66</sup> (US-Wirtschaftsnobelpreisträger) einberufen, in die zahlreiche NGOs, darunter auch WIDE und die „Women's Working Group on Financing for Development“ Vorschläge einbrachten.<sup>67</sup> Die Konferenz brachte jedoch nicht die erhofften tiefgreifenden Reformansätze für das globale Finanzsystem. Insbesondere der Vorschlag zur Einrichtung einer UN-gesteuerten, demokratisch legitimierten Instanz zur Regulierung des internationalen Finanzsystems (in Form eines „Globalen Wirtschaftsrats“), der den reformunwilligen IWF letztendlich ablösen würde, wurde nicht aufgegriffen. Die Ausarbeitung weiterer Reformvorschläge wurde neuerlich an eine Arbeitsgruppe delegiert, deren Kompetenzen von den Industrieländern möglichst gering gehalten werden.<sup>68</sup> Sie forcieren Gipfel der größten Wirtschaftsmächte mit eventuellen Erweiterungen (G-20) und die Internationalen Finanzinstitutionen, in denen sie überproportional vertreten sind.

Um den Problemen der Länder des (globalen) Südens und damit auch der Mehrheit der Frauen dort gerecht zu werden, müssten konkrete langfristige umfassende Entwicklungsstrategien – über kurzfristige Konjunktur-Stimulierungsprogramme hinaus – ausgearbeitet werden. Diese sollten sich an den Menschenrechten orientieren und damit den Anliegen der sozialen und genderpolitischen

Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit entsprechen. In Bezug auf die Frauenrechte stellen vor allem CEDAW (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women), die „Beijing Platform for Action“, die „Wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte“ sowie die Normen der International Labour Organisation – ILO wichtige Richtlinien dar.

Dafür nötig ist eine substanzielle Ausweitung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sowie für Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels (im Sinne des Verursacherprinzips und als Transferleistung des sozialen Ausgleichs zwischen reichen und armen Ländern). Es liegen seitens der NGOs zahlreiche Vorschläge vor, wie zusätzliche Mittel aufgebracht werden könnten, nämlich durch eine Finanztransaktionssteuer, eine verstärkte Verfolgung von Steuerhinterziehung, eine Wertschöpfungsabgabe, Vermögenssteuern, Umweltsteuern.

Interessant ist das Beispiel Brasiliens: Brasilien, das zur Zeit als sicherer „aufstrebender Markt“ gilt, wehrte sich im Oktober 2009 gegen den Zustrom von hochspekulativem Finanzkapital und einer Aufwertung der brasilianischen Währung, indem es eine zweiprozentige Steuer auf ausländische Finanzinvestitionen (Aktien oder Anleiheninvestments, Direktinvestitionen ausgenommen) einführte.<sup>69</sup> (Bei der Finanztransaktionssteuer wird hingegen an bescheidene 0,1 bis 0,01 Prozent gedacht...<sup>70</sup>)

Viel Geld könnte aufgebracht werden, wenn es eine verstärkte internationale Kooperation und Koordination der Steuersysteme gäbe, um jene Steuerflucht zu vermeiden, die den Entwicklungsländern mehrere hundert Milliarden US-Dollar jährlich an Mitteln entzieht.<sup>71</sup> Durch ein Ende von Steuerwettbewerb und Steuerdumping, ebenso durch konsequente Besteuerung von transnational agierenden Konzernen, könnten alle Staaten nur gewinnen und ihre Handlungsfähigkeit, die in den letzten Jahrzehnten immer stärker untergraben wurde, zurückgewinnen!

Parallel dazu braucht es dringend die Einführung eines transparenten und fairen Entschuldungsverfahrens, die Aushandlung von verantwortlichen Kreditvergaberichtlinien zur Vermeidung von Schuldenfallen und

<sup>66</sup> Ergebnisse siehe United Nations 2009c

<sup>67</sup> vgl. UN NGLS 2009

<sup>68</sup> vgl. GSEG 2009

<sup>69</sup> Der Standard, 20.11.2009, S. 28

<sup>70</sup> vgl. Schulmeister 2009

<sup>71</sup> vgl. EU-Plattform u. a. 2009, S. 10f sowie KOO 2008

illegitimen (z. B. durch Diktaturen angehäuften) Schulden. Grundsätzlich sollte auch eine Abkehr von einer kreditfinanzierten Entwicklungsfinanzierung hin zu einer Finanzierung durch Transferleistungen erfolgen.

Für WIDE zentral ist, dass nicht die letztendlich gescheiterten wirtschaftspolitischen Strategien weitergeführt werden, sondern die Gelegenheit wahrgenommen wird, globale ökonomische Übereinkommen zu hinterfragen und bei neuen Überlegungen auf einer feministischen Analyse der Makro-Ökonomie aufzubauen.<sup>72</sup> Dies fordert auch das feministische Arbeitsbündnis „Women's Working Group on Financing for Gender Equality“. Die Legitimationskrise des Finanzsystems muss für einen frauenpolitischen, sozialen und grünen „New Deal“ genutzt werden: Zur Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, für Investitionen in die soziale Infrastruktur und Bildung sowie in ökologisch nachhaltige Technologien und nachhaltiges Wirtschaften.

## 8. EINE BREITERE SICHT AUF DIE ÖKONOMIE IST GEFORDERT

### Wirtschaft als Selbstzweck

Eine der Ursachen für das Ausbrechen der Krise ist die beinahe religiös anmutende Verabsolutierung des Marktes als „allmächtig“ und „allwissend“. Das freie Spiel der Kräfte, ungebremst von sozialen und ökologischen Überlegungen, wurde als „allein seligmachend“ gesehen.

### Sorgloses Wachstum

*„Um (ihre) Gewinne ständig exponentiell zu steigern, muss die kapitalistische Wirtschaft wachsen und darf so wenig wie möglich Kosten. Aus diesem Grund wurden zum einen die offensichtlichen Grenzen des Wachstums ignoriert, zum anderen möglichst viele soziale und ökologische Kosten aus den Märkten externalisiert und auf die Individuen, sozialen Zusammenhänge und die Umwelt verschoben. Der Druck auf Löhne und Effizienz wird erhöht, das soziale Sicherungssystem reduziert oder erst gar nicht aufgebaut, industrielle Produktion und Konsum verschlingen und verschmutzen immer mehr Energie, Wasser und andere Ressourcen. Diese Wirtschaftskosten gehen nicht in die Preisbildung ein. Das macht die Waren auf den Märkten so preiswert und den globalisierten Kapitalismus für Konsumenten so attraktiv. Je mehr der Staat sich gemäß der neoliberalen Doktrin aus den Märkten zurückzog, desto weniger wird die Risikoabwälzung auf die gesellschaftlichen Natur- und Sozialverhältnisse kontrolliert und reguliert.“*

(Christa Wichterich)<sup>73</sup>

Mit einem sehr eng gefassten ökonomischen Grundverständnis und der Konzeptualisierung eines „homo oeconomicus“, dessen einzige Motivation die Gewinnmaximierung ist, besteht die Gefahr, dass Wirtschaft zum Selbstzweck wird. Auch die Annahme, eine gute wirtschaftliche Entwicklung nach den herkömmlichen Messdaten bedeute, dass es der Bevölkerung gut gehe, ist nicht aufrecht zu erhalten. Wie wäre sonst das Phänomen des „jobless growth“, besonders in den Rohstoffökonomien Afrikas, zu erklären? In Südafrika z. B. gingen seit dem Ende der Apartheid (1994) eine Million Arbeitsplätze verloren, und

<sup>72</sup> Women's Working Group on Financing for Development (2009)

<sup>73</sup> Wichterich 2009e

die Armut nimmt ständig zu, trotz stabiler Wirtschaftsdaten und des mehr oder weniger kontinuierlichen Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren.

Zu einem großen Teil sind es Frauen, die hier mit ihrer landwirtschaftlichen Subsistenzproduktion einspringen, die zwar in der offiziellen Wirtschaftsstatistik nicht erfasst wird, aber immerhin die Bevölkerung ernährt. In Afrika werden 90 Prozent der Grundnahrungsmittel und über 30 Prozent der Marktfrüchte von Frauen produziert.<sup>74</sup> Der enge Blick der kapitalistischen Wirtschaft und das Bestreben, mit geringst möglichem Mitteleinsatz den maximalen Profit zu erreichen, schließt Bereiche des Wirtschaftens aus, die für alle Menschen überlebenswichtig und unerlässlich sind.

### Ein erweitertes Verständnis von Wirtschaft

Dagegen haben alternative, feministische politische Theorien eine breitere Sicht auf die Wirtschaft. Sie beziehen auch den sogenannten Haushaltssektor oder Reproduktionsbereich, der traditionell vorwiegend den Frauen zugewiesen wird, in die Analyse mit ein. Obwohl dieser Sektor die Grundlage für die klassischen Wirtschaftssektoren bildet, wird er in der herkömmlichen Wirtschaftswissenschaft gerne „vergessen“.

Im Sinne der ganzheitlichen Betrachtung wird von feministischen Ökonominnen von Lebensweltökonomie gesprochen. Ökonomie ist demnach „die Sphäre gesellschaftlicher Tätigkeiten, die mit der Vorsorge für diejenigen Güter und Dienstleistungen zu tun haben, welche das Leben erhalten und seinen Ertrag fördern können.“<sup>75</sup> Der wirtschaftlichen Bedeutung der Care-Ökonomie wird dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Denn „bei der Care-Tätigkeit handelt es sich um Leben erhaltende, lebensnotwendige Tätigkeiten, ohne die Gesellschaften nicht existenzfähig wären und wirtschaftliches Wachstum unmöglich wäre.“<sup>76</sup>

### Arbeitsteilung und Machtverteilung

Dass der oben beschriebene Teil des Wirtschaftens den Frauen zugewiesen wird, ist kein Zufall, sondern Resultat von Arbeitsteilung und Machtverteilung in unserer patriarchalen Gesellschaft. Der feministische Blick übt Kritik an diesen Herrschaftsstrukturen

und untersucht die benachteiligende Hierarchie von prestige-„reicher“ Erwerbsarbeit und unbezahlter, überwiegend von Frauen geleisteter prestige-„armer“ Sorgearbeit. Die feministische Ökonomie bezieht auch die innerhalb einer Volkswirtschaft ablaufenden sozialen und ökologischen Prozesse vorsorgend mit ein. Diese werden in der Logik von Wachstum und Profit aus den Märkten ausgeschlossen und unsichtbar gehalten. Soziale und ökologische Folgekosten des herkömmlichen Wirtschaftens werden ignoriert und auf dem Umweg über den Staat dem/der Einzelnen aufgebürdet. Es ist nicht einzu-sehen, dass ein Wirtschaftssystem auf destruktive Weise die Umwelt und somit die Lebenswelt zukünftiger Generationen zerstört, die Rehabilitationskosten jedoch aus dem eigenen Wirtschaftskreislauf auslagert.

### Umverteilung und Bewertung von Arbeit

*„Es muss sich an dem gesamten System von Arbeit etwas ändern. Dazu müssen wir das Ganze von Arbeit in den Blick nehmen, also die Erwerbsarbeit, aber auch unbezahlte Arbeit, die die Versorgung der Gesellschaftsmitglieder im Alltag gewährleistet. (...) Für die Erwerbsarbeitsmärkte ist die Bewertung von Arbeit wichtig, und sie ist nicht abtrennbar von der Kategorie Geschlecht und der systemischen Diskriminierung von Frauen. Nun plädiere ich – wenn sich an dem ganzen System, wie Arbeit verausgabt wird, etwas ändern soll – für eine Umverteilung und Neubewertung von Arbeit. Die Idee ist, dass jede/jeder in der Gesellschaft einen Teil Sorgearbeit und einen Teil bezahlte Arbeit übernimmt. Die Geschlechtsbindung von Arbeit, und das heißt vor allem die Bindung von Sorgearbeit an Frauen, muss aufgehoben werden. Diese Normen müssen auch auf den Erwerbsmärkten geknackt werden, wo immer noch eine starke Geschlechtssegmentierung herrscht. (...)“*

(Christa Wichterich)<sup>77</sup>

### Folgen der Krise auf den Care-Sektor

Die Wirtschaftskrise manifestiert sich unmittelbar im Reproduktionsbereich, wie Studien über die zunehmende Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen zeigen, deren Mütter den Sorgepflichten aus Überlastung in der schlecht bezahlten Erwerbstätigkeit nicht nachkommen können. Für sie springt oft niemand ein, bzw. die Partner fehlen oder sind

<sup>74</sup> Schäfer 2002

<sup>75</sup> Nelson 2007

<sup>76</sup> Madörin 2006

<sup>77</sup> Zit. n. DieStandard, 22.9.2009

nicht bereit, sich an der Sorgearbeit zu beteiligen.

Auch die Pflegedebatte in Österreich zeigt einiges an Problematik auf, z. B. den Einsparungsdruck und die prekäre Situation von Erwerbstätigen in Pflegeberufen. Eine ganzheitliche feministische politische Sichtweise ist hier notwendig, welche die Analyse der Geschlechterverhältnisse und das Ungleichgewicht von bezahlter und unbezahlter Arbeit mit einbezieht. Der besondere Charakter der Sorgearbeit muss berücksichtigt werden, der nicht mit den gleichen Effizienzkriterien wie im Produktionsbereich gemessen werden kann. Das fordert allerdings ein gesamtgesellschaftliches Umdenken, vor allem in Bezug auf die sozialen Kosten, und setzt auch eine neue Kultur der zwischenmenschlichen Beziehungen voraus.<sup>78</sup>

### **Wirtschaftliche Produktion und Care-Ökonomie**

*„Die Industrie hat in den vergangenen Jahrzehnten immer produktiver gewirtschaftet. Ein Arbeiter oder eine Primarschullehrerin muss zum Beispiel heute wesentlich weniger Stunden arbeiten, um ein Auto oder ein Paar Schuhe zu kaufen, als noch vor fünfzig Jahren.*

*Maschinen erlauben es, immer schneller, immer mehr und immer billiger zu produzieren. Das geht aber nicht in der Pflege oder bei einer ärztlichen Konsultation. Einen Kranken zu pflegen, braucht seine Zeit, da gibt es keine Möglichkeit für einen Produktivitätsgewinn – deshalb werden diese Leistungen verglichen mit produzierten Gütern immer teurer, es sei denn, die Löhne sinken. Deshalb steigen die Kosten im Gesundheitswesen überproportional. Und in der Politik wird dies schamlos ausgenutzt, um Leistungen zu kürzen und die Leute zu disziplinieren. [Zur Finanzierung einer guten Care-Infrastruktur bräuchte es] ... einen starken Staat, der bereit ist, die soziale Infrastruktur über Steuern zu finanzieren. In den skandinavischen Ländern läuft das so, und sie haben bisher die Globalisierung erfolgreicher gemeistert als andere Staaten.“*

(Mascha Madörin)<sup>79</sup>

Die Pflegekrise in Ländern des Nordens (Alterung der Bevölkerung, Rückgang des Wachstums) führt zu einer anders gearteten Pflegekrise in Ländern des Südens bzw. in Osteuropa – in jenen Regionen, aus denen

Frauen migrieren, um als Pflegekräfte im Ausland Arbeit zu finden. Zurückbleibende Kinder werden überwiegend von weiblichen Verwandten – Großmüttern, Tanten, Schwestern) betreut – eine Verlagerung der unbezahlten bzw. geringfügig entlohnten Sorgearbeit innerhalb des weiblichen Geschlechts.

In vielen Ländern des Südens – speziell im südlichen Afrika – gibt es insbesondere aufgrund von HIV/AIDS seit Jahren eine virulente „Care“-Krise. Vorwiegend Frauen engagieren sich in der Betreuung erkrankter Menschen und versorgen Waisenkinder, vielfach im Familienkontext, aber auch ehrenamtlich (bzw. in Südafrika mit bescheidener Bezahlung über „Stipendien“), organisiert über lokale Hilfsnetzwerke.<sup>80</sup> Hier fehlt es an angemessener finanzieller Dotierung dieser Leistungen. Weiters ist es eine offene Frage, ob die in den letzten Jahren aufgebaute medizinische Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten weiter ausgebaut werden kann, denn trotz hoch gesteckter Ziele und großer Errungenschaften haben bei weitem nicht alle Menschen, die es bräuchten, Zugang zu medizinischer Versorgung. Zudem führt die schlechte Ernährungssituation dazu, dass die Menschen die Medikamente oft nicht vertragen.

Ähnliches gilt für den Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Auch hier muss die Betreuung massiv ausgebaut werden, um vor allem am Land lebenden Mädchen und Frauen in den Ländern des Südens den Zugang zu Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Die Verbesserung der Ernährungssituation ist auch in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung.

### **Abkehr vom Wachstumsparadigma**

Ökologische und feministische Kritik haben verschiedene Schnittpunkte: so die Analyse der Externalisierung von ökologischen und sozialen Kosten im Kapitalismus und die Kritik am Paradigma des Wirtschaftswachstums. Letzteres ist trotz der aufsehenerregenden „Club of Rome“-Berichte seit den 1970er Jahren über „Die Grenzen des Wachstums“ unhinterfragtes Dogma der Mainstream Ökonomie und -Politik.<sup>81</sup>

Das gängige Wirtschafts- und Geldsystem folgt der Annahme des unbegrenzten Wachstums, wie es sonst in der Natur nicht vorkommt, ohne Organismen (Mensch, Tier, Pflanze) oder unbelebte – insbesondere fossile – Ressour-

<sup>78</sup> Madörin 2006

<sup>79</sup> Madörin 2009

<sup>80</sup> UNRISD 2009

<sup>81</sup> Vgl. Ökonomischer Wachstumsdialog 2009



cen zu zerstören. „Genau nach diesem Muster verhält sich unser Geld, da sich Geldanlagen durch Zins und Zinseszins in regelmäßigen Zeitabständen verdoppeln. ... Das Problem ist, dass der Zins – als wichtigster Preis in unserer Wirtschaft – die Grenze setzt für das, was wir als ‚wirtschaftlich‘ betrachten. Wenn nicht wenigstens die Zinsen verdient werden, ist eine Investition nicht wirtschaftlich. Das heißt, dass die Wirtschaft ein exponentielles Wachstum anstreben muss, und dass die Schere zwischen Geldwerten und Realwirtschaft (...) ständig weiter auseinander klaffen wird (...).“<sup>82</sup>

### **Von einem sorglosen zu einem sorgsamem Wirtschaften**

*„ Die „Finanzkrise“ als Unfall, als versehentliche Entgleisung zu interpretieren hieße, ihre Beschaffenheit und die ihr innewohnende Herausforderung zu verkennen. Was macht diese Krise aus und was hat in sie hineingetrieben? (...)*

*Ist eine Wirtschaftsweise auf Effizienz (mit möglichst wenig möglichst viel zu erreichen) und Gewinnmaximierung ausgerichtet, so tendiert sie dazu, sich Naturgüter und Sozialgüter als Ressourcen einzuverleiben. Diese Ressourcen sollten möglichst billig, wenn nicht kostenlos sein. Damit Werte erzeugt werden können, muss es etwas Wertloses, etwas zu Verwertendes geben. Und für das auszubeutende „Material“, für seine Qualität und Regenerationsfähigkeit kann keinerlei Verantwortung übernommen werden.*

*Genau hier setzt die feministische Kritik an und fordert, diese groteske Umkehrung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wirtschaften dient der Versorgung (providing) der breiten Bevölkerung mit dem alltäglich Notwendigen. Wirtschaften ruht auf dem Handlungsprinzip der Sorge (care). Sorgen und Fürsorgen sind Tätigkeiten, welche die Erde so erhalten, fort dauern lassen und wiederherstellen, dass Menschen so gut wie möglich auf ihr leben können. (...)*

*Daraus folgt mehr als die Eindämmung der aktuellen Finanzkrise: Es ist das Wirtschaften selbst, das von seinen Grundprinzipien her verändert und erneuert werden muss – von einem sorglosen zu einem sorgsamem Wirtschaften. In diesem bilden zumeist von Frauen bezahlt wie unbezahlt verrichtete Tätigkeiten der Sorge und Versorgung den Ausgangspunkt.“ (Uta von Winterfeld)<sup>83</sup>*

### **Die feministische Ökonomie fordert daher ein grundsätzliches Umdenken!**

Es geht daher darum, nicht das gescheiterte Finanzsystem wieder herzustellen und damit neuerlich die Realwirtschaft durch Spekulationsgeschäfte in Gefahr zu bringen. Im Gegenteil: Die Wirtschaft soll wieder dem ursprünglichen Zweck der Sicherung des Überlebens der Menschen gerecht werden, also „menschengerecht“ sein. Dabei sollen die Sektoren des reproduktiven, sorgenden und vorsorgenden Wirtschaftens und die Subsistenzökonomie massiv gestärkt werden. Letztere sichert zum großen Teil das Überleben der ländlichen Bevölkerung in Osteuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika. Denn die Krise erfasst in großem Maße auch diese Selbstversorgungsstrukturen, die mit der kommerziellen Landwirtschaft um die Ressourcen Land, Wasser und die staatliche Unterstützung konkurrieren müssen. Von der systematischen Zerstörung der selbstversorgenden Wirtschaft sind hauptsächlich Frauen und Kinder in den Ländern des Südens betroffen. Dazu kommt noch die extreme Belastung durch den – von den Industriestaaten verursachten – Klimawandel, der vor allem in tropischen Gebieten zu spüren ist, durch Dürre, Überschwemmungen, Tropenstürme etc.

Es bedarf einer grundlegenden Abkehr vom Wachstumsparadigma. Aus feministischer Sicht ist die Versorgung aller Menschen mit lebensnotwendigen Gütern, der Zugang zu Ressourcen und sozialen Dienstleistungen in den Mittelpunkt aller Überlegungen zu stellen. Zugleich ist auf die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus von Nord und Süd sowie auf das derzeit noch anhaltende (wenn auch verlangsamte) Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern Rücksicht zu nehmen: Während es in den Industrieländern ein Umdenken in Richtung Null-Wachstum braucht, muss den Entwicklungs- und Schwellenländern ein Wachstum ihrer Wirtschaft zugestanden werden. Jedoch sollten dabei möglichst ressourcenschonende Technologien zum Einsatz kommen und die fatalen Fehler des industriellen kapitalistischen Wachstums nicht wiederholt werden.

Erst durch diese kontextuelle Sicht auf die Wirtschaft und das Wirtschaften können nachhaltige Lösungsansätze gefunden werden.

<sup>82</sup> Kennedy 2008

<sup>83</sup> Winterfeld 2009

## 9. AUSWEGE AUS DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE

Aus den vorhergehenden Analysen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ergeben sich weitreichende **Lösungsansätze** und **konkrete Vorschläge** auf nationaler und internationaler Ebene. Diese spiegeln nicht nur die feministische und entwicklungspolitische Sicht wider, sie reflektieren auch die Erkenntnisse ökologisch und sozial engagierter NGOs.

### Der erste und wichtigste Schritt ist ein radikales Umdenken

#### Statt eines globalen Casinos brauchen wir:

- ✓ die Entthronung des „homo oeconomicus“ und der ungezügelten Marktwirtschaft
- ✓ eine Ökonomie, die statt reiner Gewinnmaximierung das gute Leben für alle im Blick hat
- ✓ eine Abkehr vom Wachstumsparadigma
- ✓ Bewusstsein, dass soziale Gerechtigkeit zur Lebensqualität Aller beiträgt
- ✓ eine Neuverteilung der vorhandenen Arbeit (Arbeitszeitverkürzung, faire Verteilung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern)
- ✓ eine Neubewertung von Arbeit (z. B. Einkommensobergrenzen)
- ✓ ein volkswirtschaftliches Verständnis der Care-Ökonomie als Teil der gesamten Wirtschaft, da sie die Grundlage für alles Wirtschaften liefert
- ✓ Anerkennung des Stellenwerts der Subsistenzwirtschaft, die in vielen ländlichen Regionen im Süden vor allem von Frauen betrieben wird und ihren Familien die Ernährung sichert
- ✓ Umdenken bei der Beschäftigungspolitik – die Kosten der Krise dürfen nicht auf MigrantInnen und ihre Familien in den Herkunftsländern übergewälzt werden!
- ✓ die Abkehr von einem Wirtschaftssystem, das soziale und ökologische Kosten externalisiert
- ✓ Anerkennung und Aufwertung der Rolle und Arbeit von Frauen in allen Lebensbereichen

- ✓ Bewusstsein für die Tatsache, dass wir alle im Laufe unseres Lebens Phasen der Abhängigkeit von anderen Menschen erleben und nicht immer gleichermaßen produktiv sind
- ✓ Anerkennung der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme, von Bildung, Wissenschaft und Kultur
- ✓ Erkennen der Zukunftsdimension von Umweltschutz und ökologisch nachhaltigem Wirtschaften
- ✓ ein Bewusstsein, dass wir nicht dauerhaft auf Pump leben können
- ✓ ein Verständnis der Frauen- und Menschenrechte als Ausgangspunkt unseres Wirtschaftshandelns

## Vorschläge für Österreich

- Demokratisierung der Banken- und Finanzmarktregulierung: Einbindung von Frauen und deren Interessen in den Reformprozess, Implementierung von Frauenquoten in wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien (Aufsichtsbehörden, Finanz- und Wirtschaftsministerium, Notenbank)
- Schaffung von Transparenz am Finanzplatz Österreich
- Umfassende Genderprüfung von steuerlichen Einnahmen und staatlichen Ausgaben („Gender Budgeting“)
- Erhebungen zu Zeitbudgets, die den Anteil zum österreichischen BNE valorisieren, welchen die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit – vor allem von Frauen – sichtbar machen
- Steuerreform zur Abdeckung der Kosten der Krise, für langfristig notwendige Investitionen in den Sozial- und Bildungssektor sowie für verstärkte Entwicklungszusammenarbeit: steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen, Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer, Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, Erfassung und Besteuerung großer Vermögen, Besteuerung von Vermögenszuwächsen, Umweltabgaben (z. B. stärkere Belastung des motorisierten Individualverkehrs oder des Energieverbrauchs), Lockerung des Bankgeheimnisses auch für österreichische StaatsbürgerInnen (ist Voraussetzung für die Besteuerung von Finanzvermögen), umfassende Beteiligung von Finanzmarktakteuren an den Krisenkosten
- Ausbau der öffentlichen Kranken-, Pflege- und Pensionsversicherungssysteme, Stopp der Steuerbegünstigung privater Pensionsversicherungen, Rückführung privater Vorsorge in umlage-basierte öffentliche Systeme
- Stimuluspakete für die Care-Ökonomie: Anhebung der Gehälter in frauenspezifischen Dienstleistungsbereichen, insbesondere im personenbezogenen „Care“-Sektor, Schaffung neuer Arbeitsplätze, frauenfördernde Unterstützung (z. B. Grundsicherung, unbedingte soziale Absicherung)
- Arbeitszeitverkürzung bei weitgehendem Lohnausgleich
- Formalisierung informeller Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere auch in den Haushalten (Mindestlohn, Sozialversicherung, Aufenthaltsbewilligungen)
- Kein Nationalismus in der Beschäftigungspolitik: Abschaffung des Systems der Beschäftigungsbewilligungen in Österreich (ein Aufenthaltstitel sollte automatisch auch legale Arbeit ermöglichen)
- Aufstockung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden auf 0,7 Prozent des BNE, und darüber hinaus Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Bewältigung von Klimawandelfolgen, Wirtschafts-, Energie- und Nahrungsmittelkrise
- Substanzieller finanzieller Beitrag Österreichs zur neuen UN „Gender Equality Entity“
- Engagement für Kohärenz zwischen den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenwirtschaftspolitik (unter Berücksichtigung der Frauen- und Menschenrechte)
- Überprüfung der Curricula der Wirtschaftsuniversitäten daraufhin, wie gesellschafts-, entwicklungs-, genderpolitische und ökologische Fragestellungen in der Lehre und Forschung Berücksichtigung finden, und Auseinandersetzung mit heterodoxer Ökonomie

## Vorschläge für die Europäische Union

- Radikale Einschränkung bis hin zum Verbot der Spekulation mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen wie Nahrungsmitteln, Wasser, Energie, Boden, Immobilien
- Strikte Regulierung von Derivaten bis hin zum Verbot von undurchschaubaren „innovativen“ Finanzprodukten
- Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Re-Regulierung und Demokratisierung der Finanzmärkte; Frauenquoten und Gender-Mainstreaming in allen Gremien, die sich mit einer Neugestaltung der Finanzarchitektur befassen
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer im EU-Raum
- Ende des Steuerwettlaufs nach unten und Schließung aller Steueroasen innerhalb der EU (Ausweitung der EU-Zinsrichtlinie auf alle Finanzeinkommen, alle Rechtsträger und alle EU-Mitgliedsstaaten einschließlich zugehöriger Territorien; verpflichtende Offenlegung von Eigentümern und Begünstigten; länderspezifische Berichterlegung für multinationale Unternehmen)
- Moratorium auf bilaterale Freihandelsabkommen der EU
- Mehr Mittel für spezifische Aktivitäten zur Gleichstellung und Stärkung von Frauen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

## International

- Stärkung der Vereinten Nationen als demokratisches Gremium zur Verhandlung wirtschaftspolitischer Fragen und Aufwertung von ECOSOC
- Ausreichende Dotierung der neuen UN „Gender Equality Entity“
- Einbindung der Entwicklungsländer in die Reform der globalen Finanzarchitektur, einschließlich der Parlamente, lokaler öffentlicher Strukturen und der Zivilgesellschaften
- Schaffung eines supranationalen Währungssystems (statt dem US-Dollar als Leitwährung)
- Schließung von Steueroasen (über die derzeitigen OECD-Aktivitäten hinaus)
- Internationale Kooperation zwecks Unterbindung von Steuerflucht und der Verhinderung illegaler Finanzflüsse (Transparenz, Datenaustausch, Harmonisierung)
- Besteuerung multinationaler Konzerne im jeweiligen Land der Wertschöpfung
- Unterstützung für Entwicklungsländer bei der Finanzierung öffentlicher Sozialsysteme sowie bei der Implementierung sozial ausgewogener Steuersysteme
- Einführung verantwortungsvoller Finanzierungsprinzipien zur Vermeidung von illegitimen Schulden und Schuldenfallen
- Einführung eines unabhängigen Insolvenzverfahrens für Staaten
- Moratorium für multilaterale Freihandelsabkommen (Überprüfung auf Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte)
- Überwachung der Einhaltung der Arbeits- und Menschenrechte durch Unternehmen
- Umsetzung des Konzepts der Ernährungssouveränität

## **ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS**

### **Abkürzungsverzeichnis:**

**BNE** Bruttonationaleinkommen

**CEDAW** Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women

**CIDSE:** Internationales Netzwerk katholischer Entwicklungsorganisationen

**CONCORD** European NGO Confederation for Relief and Development

**ECOSOC** UN Economic and Social Council

**EZA** Entwicklungszusammenarbeit

**EZB** Europäische Zentralbank

**DAW** UN Division for the Advancement of Women

**FAO** UN Food and Agriculture Organisation

**FSI** Financial Secrecy Index

**G-20** Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer

**HIPC** Heavily Indebted Poor Countries

**IFIs** Internationale Finanzinstitutionen

**ILO** International Labour Organisation

**INSTRAW** UN International Research and Training Institute for the Advancement of Women

**IWF** Internationaler Währungsfond

**KOO** Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission

**MDGs** Millennium Development Goals

**OECD** Organisation for Economic Cooperation and Development

**OSAGI** Office of the Special Adviser to the Secretary-General on Gender Issues and Advancement of Women

**PRSPs** Poverty Reduction Strategy Papers

**UN** United Nations

**UNCTAD** UN Conference on Trade and Development

**UNIFEM** UN Development Fund for Women

**UN-NGLS** Non Governmental Liaison-Service

**UNRISD** UN Research Institute für Social Development

**WB** Weltbank

**WTO** World Trade Organisation

## LITERATUR

- African Monitor (2008): Poverty Hearings, [www.africanmonitor.org](http://www.africanmonitor.org)
- ATTAC (2009): Fair Steuern – Mehr für Alle, <http://www.attac.at/fairsteuern.html>
- ATTAC (2009): Schattenfinanzindex: ATTAC kritisiert Beschwichtigungsversuche (2.11.2009), <http://www.attac.at/8398.html>
- Braun, Günter (2009): Treppenwitz der Geschichte. In: Der Standard, 16.12.2009, S. 35
- Centro de Análisis Multidisciplinario (CAM) de la Facultad de Economía, UNAM (2004): La Política Salarial y la Canasta Básica de los Trabajadores en el Gobierno Neoliberal de Fox en México. [Reporte de Investigación No. 66] In: <http://www.economia.unam.mx/cam/index.html>
- CONCORD (2009): Lighten the load. In a time of crisis, European Aid has never been more important. European Aid Watch Report, Brussels
- Daniel, John; Adam Habib, Roger Southall (Ed.): „State of the Nation; South Africa 2003-2004“ HSCR Press
- Die Presse (2009): Schattenfinanzindex: Österreich zählt zu Steueroasen, 01.11.2009, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/518731/index.do>
- Dragsbaek Schmidt, Johannes (2008): Finanzkrise, Sozialkrise und ungleiche Entwicklung in Südkorea und Thailand. In: Küblböck/Staritz: Asienkrise: Lektionen gelernt? Wien 2008
- Dombrovskis, Valdis (*im Interview*): „Ein Drittel Gehaltsverlust ist die Norm“. In: Der Standard, 31.10./1.11.2009, S. 2
- Durano, Marina; Gigi Francisco & Gita Sen (2009): Reclaiming Institutional and Policy Space Amidst Crisis, <http://www.dawnnet.org/research-analyses.php?theme=1&id=20>
- Elson, Diane (2002): International Financial Architecture: A View from the kitchen, <http://www.eclac.org/mujer/curso/elson1.pdf> [10.11.2009]
- EU-Plattform, Globale Verantwortung u. a. (2009): Jenseits von Almosen. Entwicklung finanzieren, Strukturen verändern, Wien
- EURODAD: From London to Pittsburgh: assessing G20 action for developing countries, 16. September 2009, <http://www.eurodad.org/aid/article.aspx?id=132&item=3820>
- Fessler, P. et al. (2009): Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2/09, Wien, OeNB, 104-124
- Gabriel, Klaus (2009): „Ethik und Geld. Soziale und ökonomische Dimensionen des Finanzmarktes vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise“, unveröff. (Vortrag am 22.5.2009, für die Generalversammlung der Vereinigung des Katholischen Buchhandels, Illmitz)
- George, Susan: „30 Jahre nur die Reichen entlastet“. In: Der Standard, 27.10.2009, <http://derstandard.at/1256255876802/Mitbegruenderin-von-Attac-30-Jahre-nur-die-Reichen-entlastet>
- Global Forum on Migration & Development (2009): OnLine Dialogue “The economic crisis, return migration and poverty”, <http://www.gfmd2009.org/153/section.aspx/112>
- Global Social Economy Group (GSEG): Press Release of 26 June 09: Representatives voice unhappiness with proposed solutions for economic crisis at United Nations, <http://www.fidngo.org/news/gseg-press-release-26-june-09representatives-voice-unhappiness-proposed-solutions-economic-crisis>
- Globale Verantwortung (2009): Aid Watch Report 2009: Österreichische Regierung lässt Menschen in den Entwicklungsländern im Stich. Presseaussendung vom 18. Mai 2009
- Gubitzer, Luise (2009): Hoch im Kurs. Der Staat in Zeiten der Krise. In: Bildungswerkzeug Jänner-September 2009, S. 3ff

- Huffschmid, Jörg (2009): Finanzmarktkapitalismus – eine stabile Formation? Paper für die gemeinsame Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW am 24. und 25. April 2009 in Wien
- ILO (2007): Thailand Labour Market Indicators 1990-2004, <http://www.ilo.org/public/english//region/asro/bangkok/library/download/pub07-07.pdf>
- ILO (2009): The financial and economic crisis: a decent work response. GB.304/ESP/2, Geneva
- ILO (2009): Asia in the Global Economic Crisis: Impacts and Responses from a Gender Perspective, Pacific; [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/meetingdocument/wcms\\_101737.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/meetingdocument/wcms_101737.pdf)
- ILO (2009): Economic crisis and labour market impacts, 26.10.2009, [https://webdev.ilo.org/pls/apex/f?p=109:51:6313307927562217:::P51\\_CONTENT\\_ID:20891](https://webdev.ilo.org/pls/apex/f?p=109:51:6313307927562217:::P51_CONTENT_ID:20891):
- IPS (2009): Migration Bolivia: Women's Remittances Come at High Cost, 25.5.2009, <http://ipsnews.net/print.asp?idnews=46963>
- IPS (2009): Migration: Financial Crisis Eroding Remittances Lifeline, 17.4.2009, <http://ipsnews.net/news.asp?idnews=46545>
- Katholische Aktion Österreichs (2009): Märchen vom Steuerzahlen, Wien
- Katholische Sozialakademie Österreichs (2008): Steuern für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erwartungen an eine Steuerreform, Wien
- Kennedy, Margrit (2008): Geld regiert die Welt. Doch wer regiert das Geld? In: [http://issuu.com/margritkennedy/docs/art\\_fnw\\_01\\_2008\\_geldregiertdie?mode=embed&documentId=090123200421-88a45e01b0b543869fda666793b89ac0&layout=grey](http://issuu.com/margritkennedy/docs/art_fnw_01_2008_geldregiertdie?mode=embed&documentId=090123200421-88a45e01b0b543869fda666793b89ac0&layout=grey) [17.12.2009]
- Klein, Naomi (2007): Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt am Main
- Küblböck, Karin; Cornelia Staritz (2008): Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung, Wien
- KOO/CIDSE (2009): Steuer herumreißen – Lücken schließen: Globalisierte Steuerpolitik gegen Ungleichgewichte der Globalisierung, <http://www.koo.at/fileadmin/download/entwicklungsfinanzierung/CIDSE-Steuerpapier-Zusammenfassung.pdf>
- KOO (2008): Doha – UN Konferenz für Entwicklungsfinanzierung, <http://www.koo.at/index.php?id=entwicklungsfinanzierung> [24.11.2009]
- KOO (2008): Presseinformation vom 1.12.2008 „Kampf gegen Steuerflucht zentrales Thema“, [http://www.koo.at/fileadmin/download/entwicklungsfinanzierung/doha/KOO\\_Presseaussendung\\_Steuer\\_gerechtigkeit.doc](http://www.koo.at/fileadmin/download/entwicklungsfinanzierung/doha/KOO_Presseaussendung_Steuer_gerechtigkeit.doc)
- Madörin, Mascha (2009) (*im Interview*): „Das Modell des Ernährerlohns ist vollkommen überholt“. In: WOZ, 28.5.2009, <http://www.woz.ch/artikel/rss/17948.html> )
- Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, Torsten & Marco Tullney (Hg.), Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, Marburg
- Mooslechner, Peter & Schuerz, Martin (2009): Verteilung der Geldvermögen. In: Sozialbericht 2007-2008, Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, S. 276-286, [http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/5/6/9/CH0016/CMS1232705026761/sozialbericht\\_2007-2008.pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/5/6/9/CH0016/CMS1232705026761/sozialbericht_2007-2008.pdf)
- Nelson, Julie A. (2007): „Ist die Ökonomie Teil der Gesellschaft? Bemerkungen aus feministischer Sicht“ in: „Feministische Studien“, Stuttgart
- Oe24.at (2009): Das "Who is Who" der österreichischen Milliardäre und Millionäre, Wien, 30. Juli 2009, <http://www.oe24.at/wirtschaft/Das-sind-die-100-reichsten-Oesterreicher-0503242.ece>
- ORF News (2009): Fast alle Kriterien für Schattenfinanzplatz erfüllt, [http://orf.at/091101-44249/?href=http%3A%2F%2Forf.at%2F091101-44249%2F44250txt\\_story.html](http://orf.at/091101-44249/?href=http%3A%2F%2Forf.at%2F091101-44249%2F44250txt_story.html)

- Oesterreichische Nationalbank (2009): Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2009 bis 2011. Wien, [http://www.oenb.at/de/img/gewi\\_2009\\_q4-prognose\\_tcm14-144313.pdf](http://www.oenb.at/de/img/gewi_2009_q4-prognose_tcm14-144313.pdf)
- Oxfam: Paying the Price for the Economic Crisis, Oxfam International Discussion Paper, March 2009, <http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/paying-the-price-for-global-economic-crisis.pdf>
- Palma, José Gabriel (2008): Drei Muster internationaler Finanzkrisen. In: Küblböck u. a., Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung, Wien
- Schäfer, Rita (2002): „Gender und ländliche Entwicklung in Afrika“. In: Politik und Zeitgeschichte B 13-14/ 2002
- Schenk, Martin (2009): Wo ist das Finanzpaket? In: Augustin Nr. 260, 14.1.2009, <http://www.augustin.or.at/article1196.htm>
- Schmitt, Britta (2003): Tobin-Steuer und Co. In: Dackweiler, Regina, Maria & Ursula Hornung (Hg.), frauen – macht – geld, Münster
- Schuberth, Helene (2008): Ist der Finanzmarkt ein Jahrmarkt? In: Die Presse, 31.3.2008, <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/373594/index.do>
- Schuberth, Helene (2009): „Ist die Finanzkrise männlich?“, unveröff. (Vortrag am 16.6.2009, für das Österreichische Nationalkomitee für UNIFEM, Wien)
- Schulmeister, Stephan; Margit Schratzenstaller, Oliver Picek (2008): A General Financial Transaction Tax – Motives, Revenues, Feasibility and Effects, WIFO-Studie im Auftrag des Europäischen Sozialen Forums Europa, Wien
- Schulmeister, Stephan (2009): Eine generelle Finanztransaktionssteuer. Konzept, Begründung, Auswirkungen. WIFO Working Papers Nr. 352, [http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/WP\\_2009\\_352\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2009_352$.PDF)
- Schulmeister, Stephan (2009) (b): Wessen Hand war das? In: Die Presse, 6.2.2009, <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/450531/index.do>
- Seguino; Stephanie (2009): The Global Economic Crisis, Its Gender Implications and Policy Responses; [http://www.uvm.edu/~ssequino/pdf/global\\_crisis.pdf](http://www.uvm.edu/~ssequino/pdf/global_crisis.pdf)
- Spitzer, Markus (2006): Die Krise der Maquilaindustrie in Mexiko; Ursachen, Verlauf und Auswirkungen auf geschlechtliche Charakteristika der ArbeiterInnenschaft, Diplomarbeit, Universität Wien
- WOMNET (2009): WOMNET NRO BRIEFING und Diskussionsrunde zur 53. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission, <http://www.womnet.de/content/upload/ergebnisprotokoll-womnet-nro-briefing-frk.pdf>
- UNCTAD (2009): Trade and Development Report, [http://www.unctad.org/en/docs/tdr2009\\_en.pdf](http://www.unctad.org/en/docs/tdr2009_en.pdf)
- Unger, Brigitte (*im Interview*): Noch schärfere Krise in zwei, drei Jahren. In: Der Standard, 7.10.2009, <http://derstandard.at/1254310740436/Oekonomin-Noch-schaerfere-Krise-in-zwei-drei-Jahren>
- UNIFEM (2009): News Release – Making Economic Stimulus Packages Work for Women. 24. June, New York
- United Nations (2008): Delivering on the Global Partnership for Achieving the Millennium Development Goals. E.08.I.17, <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Gap%20Task%20Force%20Report%202008.pdf>
- United Nations (2009) (a): United Nations Conference on the World Financial and Economic Crisis and its Impact on Development. A/CONF. 214/4
- United Nations (2009) (b): World Economic Situation and Prospects as of mid-2009. E 2009/73
- United Nations (2009) (c): Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System, September 21, 2009, [http://www.un.org/ga/econcrisissummit/docs/FinalReport\\_CoE.pdf](http://www.un.org/ga/econcrisissummit/docs/FinalReport_CoE.pdf)
- UN INSTRAW (2009): Women's alternatives to the crisis, <http://www.un-instraw.org/en/media-centre/e-news/alternativas-a-la-crisis-desde-el-punto-de-vista-de-las-mu-2.html>



- UN Non-Governmental Liaison Service (2009): NGO Consultation on the Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System, [http://www.un-ngls.org/spip?page=cfr\\_contributions&id\\_rubrique=103](http://www.un-ngls.org/spip?page=cfr_contributions&id_rubrique=103)
- UNRISD (2009): The Gendered Character of Social Care in the Non-Profit Sector in South Africa, Geneva
- UNRISD (2009): Conference News: The Political and Social Economy of Care. Report of the UNRISD Conference 6 March 2009, New York
- vidc (2009): Dokumentation der Internationalen Tagung [vidc & ÖFSE]: Wege zu einer neuen Finanzordnung. Systemische Antworten auf die Nahrungsmittel- und Finanzkrise, <http://dp.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/DP/Dokumentation-Neue-Finanzordnung.pdf>
- Von Winterfeld, Uta: Feministische Anmerkungen zur Finanzkrise. In: genanet-Leitstelle Gender/Umwelt/Nachhaltigkeit (Hg.), Wuppertal 2009, [http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Stellungnahmen\\_verschiedene\\_de/Feministische\\_Anmerkungen\\_Finanzkrise\\_1.pdf](http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Stellungnahmen_verschiedene_de/Feministische_Anmerkungen_Finanzkrise_1.pdf)
- Ökonomischer Wachstumsdialog (2009): Ökonomische Zweifel am Grünen Wachstum. In: Der Standard vom 19.12.2009, <http://derstandard.at/1259282280908/Kommentar-der-Anderen-Oekonomische-Zweifel-am-Gruenen-Wachstum> ; [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at)
- Wichterich, Christa (2009 a) (*im Interview*): „Frauen funktionieren als soziale Airbags“. In: DieStandard, 22.9.2009, <http://diestandard.at/1252036990913/Frauen-funktionieren-als-soziale-Air-Bags>
- Wichterich, Christa (2009 b): Die Abwärtsspirale. In: TAZ vom 19.2.09
- Wichterich, Christa (2009 c): Frauen als soziale Airbags. Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen. In: Lunapark 21, Heft 6, [http://www.lunapark21.net/archiv/lp21/lp21\\_09\\_06\\_22-25.pdf](http://www.lunapark21.net/archiv/lp21/lp21_09_06_22-25.pdf)
- Wichterich, Christa (2009 d): Gleich, gleicher, ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung, Sulzbach/Taunus
- Wichterich, Christa (2009 e): Die Krise hat System. Die Geschlechterdimension des Crashes, in: politische ökologie 118, 2009, 21-24
- WIDE – Women in Development Europe (2009): WIDE's contribution to the online consultation of the "Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System", <http://62.149.193.10/wide/download/WIDEcontributionStiglitzCommissionUNGA.pdf?id=813>
- WIDE (2009): We care! Feminist responses to the care crises. A report of the WIDE Annual Conference 2009, Brussels
- Women's Working Group on Financing for Development (2009): Theme 1: Financial regulation. In: NGO Consultation on the Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System, [http://www.un-ngls.org/cfr\\_article.php3?id\\_article=702](http://www.un-ngls.org/cfr_article.php3?id_article=702)
- World Bank (2009): Migration and Development Brief 10, July 2009, <http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/Migration&DevelopmentBrief10.pdf>
- Young, Brigitte (2009): Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle. In: WISO Diskurs Oktober 2009, Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, Bonn-München